

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 6,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle ober deren Raum 1,80 RM. bei Platzvorkauf 2,30 RM.; Familiennachrichten für die Zeile 1,70 RM. Reklame-Kolonelle 7,50 RM. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neues von den Zeitsfreiwilligen.

Partei-Erklärungen zum Regierungs-Problem.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Die übereinstimmende Auffassung aller Vorstandsmitglieder ging dahin, daß die gegenwärtige Lage durch die maßlose Agitation der bisherigen Oppositionsparteien, der Deutschen Nationalen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verschärft ist. Auf diesen Parteien liegt in erster Linie die Verantwortung für die heutige Situation, sie müssen jetzt Wege finden, auf denen sie ihre Wahlversprechungen erfüllen und der Republik eine aktionsfähige Regierung schaffen können. Das Berliner Tagesblatt schreibt dazu: „Es ist anzunehmen, daß die Haltung der deutsch-demokratischen Reichstagsopposition sich nicht von der Stellungnahme des Parteivorstands unterscheiden wird. Die weitere Behandlung der Frage wird nun in erster Linie bei der Fraktion liegen. Von den Mitgliedern der Fraktion sind die meisten noch nicht in Berlin.“

Der geschäftsführende Ausschuh der Deutschen Volkspartei tritt am 18. Juni zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen. Die vom Zentrum abgespaltene Bayerische Volkspartei erklärt durch den bayerischen Anführer ihre Bereitwilligkeit, die Regierungsbildung im Reich zu unterstützen. Sie schlägt eine Koalition aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum mit Einfluß der liberalistischen Mitte vor und drückt die Hoffnung aus, daß die Deutsche Volkspartei einer Regierungsbildung auf dieser Basis keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Die Deutschen Nationalen Parteikorrespondenz erklärt zur Lage u. a.: „Wie der Hauptvorstand der Partei in seiner Erklärung vom 10. April bereits betont, ist die Partei bereit, bei der Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes mit allen zusammenzugehen, die guten Willens sind, bei der Wiederherstellung von Arbeit, Wirtschaft und Ordnung in Deutschland zu helfen. Für die Bildung der neuen Regierung darf nach ihrer Überzeugung nicht Absenkung oder Zuneigung der einzelnen Parteien, sondern nur das große vaterländische Arbeitsziel maßgebend sein. Die Deutschen Nationalen Parteimitglieder werden bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt. Das Vaterland steht für sie in der gegenwärtigen Not noch mehr als sonst über den Parteien.“

Die Deutschen Nationalen wollen also mit den Rechtssozialisten in die Regierung gehen — natürlich, wenn die Rechtssozialisten entsprechende Politik machen. Ein ehrenvolles Anerbieten.

Von der 3. Internationale.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) In Mailand hat eine Konferenz der der 3. Internationale angeschlossenen Parteien stattgefunden, auf der folgende Länder vertreten waren: Rußland, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Italien und die Schweiz. Es wurde beschlossen, möglichst rasch eine Vollkonferenz aller auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Parteien nach Italien einzuberufen, die ein Zentralbureau der Internationale, zusammengesetzt aus Vertretern aller angeschlossenen Parteien in Europa, zu wählen hat. Ferner sollen die Vertretungen der großen, der 3. Internationale angeschlossenen Parteien durch ständige Vertreter der Bruderparteien anderer Länder ergänzt werden, um so ein besserer, reibungsloser internationaler Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Eine einstimmig angenommene Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vereinigung der verschiedenen Parteien der 3. Internationale, nachdem sie Kenntnis genommen hat von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, bestätigt und bekräftigt die Prinzipien und die Grundlage, sowie die Taktik der 3. Internationale. Sie fordert mit allem Nachdruck die ihr angeschlossenen Parteien auf, mit mehr Energie und Grundsätzlichkeit, als es bisher der Fall war, die tiefgehenden Unterschiede zu betonen, welche zwischen den Parteien, die noch auf dem Boden der 2. Internationale stehen, bzw. der 3. noch nicht angeschlossenen sind, bestehen. Der Bruch mit Opportunismus und Reformismus muß ein vollkündiger sein. Die Vereinigung erstreckt sich als notwendig, die Parteien der 3. Internationale anzugliedern, keinen Augenblick die Propaganda für die Anerkennung und den Frieden mit Sowjetrußland. Die aggressive Politik der Entente ist noch nicht beendet, im Gegenteil, sie verfolgt weiter ihr Doppelspiel. Während sie Beziehungen mit Sowjetrußland aufbaut, leiht sie Hilfe den reaktionären Kräften eines Deutschlands, Japans. Die Aufnahme der Handelsbeziehungen ist für Rußland mit großer Gefahr verbunden, sofern die Gewerkschaften und Genossenschaften der organisierten Arbeiter dem russischen Proletariat nicht zu Hilfe

ellen. Indem das Gelübde, alles zu tun für die Schaffung des Kommunismus, wiederholt wird, sendet die Konferenz brüderliche Grüße dem tapferen Proletariat Rußlands, Deutschlands und Ungarns.“

Die Alliierten-Konferenz in Frage gestellt?

Paris, 10. Juni. In der neuerlichen Verwicklung der politischen Lage in Europa infolge des Rücktritts des neuen italienischen Kabinetts und der durch die Wahlen herbeigeführten Regierungskrise in Deutschland bemerkt eine Savasnote, angesichts dieser Ausläufer frage man sich in amtlichen alliierten Kreisen, ob das italienische und das deutsche Kabinett so rechtzeitig gebildet werden würden, daß sie sich noch vor der Juli-Zusammenkunft der Alliierten in Brüssel als Vorbereitung für Spa den Parlamenten vorstellen könnten. Andernfalls müßte die Konferenz in Spa von neuem vertagt werden. Es sei daher möglich, daß unter diesen Umständen die Führer der alliierten Regierungen genötigt sein würden, auf die Zusammenkunft zu verzichten. Die internationale Finanzkonferenz zwischen den Vertretern der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen in Brüssel könne vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Anleihe. Die alliierten Regierungen und die Reparationskommission würden natürlich die Beschüsse gutheißen, die als unumgänglich notwendig angesehen würden, wenn man in kurzer Zeit den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Angriff nehmen wolle.

Ex-Kaiser Karls Sehnsucht nach Ungarn.

Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Exkaiser Karl habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Exkaiser behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangel an Geld nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Die türkischen Nationalisten Herren der Dardanellen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Nationalisten durch die Besetzung weiterer wichtiger Punkte das asiatische Ufer der Dardanellen unter ihre Kontrolle gebracht haben. Die regulären Truppen laufen scharenweise in das Lager der Nationalisten über.

Verlagung der englisch-russischen Verhandlungen.

III. London, 10. Juni. Da Krassin die von England verlangten Garantien bezüglich der Freilassung der Gefangenen sowie auf Unterlassung der Propaganda in den Ententeländern nicht geben konnte, wurde die Zusammenkunft zwischen Krassin und den Delegierten des Wirtschaftsrats der Alliierten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Proteststreik gegen die Brotpreiserhöhung in Rom

Mailand, 9. Juni. Die Corriere della Sera berichtet, haben die Arbeiter und Angeheften Roms am Dienstagmittag die Arbeit eingestellt als Protest gegen die Erhöhung des Brotpreises.

Streik in einem Kruppwerke.

Das Wolffsche Bureau verbreitet die folgende, offenbar sehr zuungunsten der Arbeiterschaft gefärbte Meldung:
Eßen (Ruhr), 10. Juni. Heute nachmittag versuchten mehrere hundert Arbeiter der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhäusen, durch Demonstrationen die sofortige Zulage von Lohn-erhöhungen zu erzwingen. Auf die Erklärung der Verwaltung, nur mit dem Betriebsrat verhandeln zu können, legte die Menge sofort das Werk still. Die Ausföhrung der Notkandarbeiten wurde mit Gewalt verhindert, es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen. Wegen der Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten werden, wenn die Hütte wieder zur Arbeit kommt, eine Inbetriebnahme auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich. Eine Störung der übrigen Kruppischen Werke, die von Rheinhäusen ihre Rohstoffe beziehen, wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultuarische Störung dauert.

Die Reaktion rüstet!

Zeitsfreiwillige als Reserve für die Reichswehr.

Nachrichten aus dem ganzen Reich bestätigen immer wieder aufs neue, daß die Reaktion nicht daran denkt, auf verfassungsmäßigem Wege die Macht an sich zu bringen. Während die Parteien Verhandlungen pflegen, wie der Reichstag ohne regierungsfähige Mehrheit eine Regierung wählen soll, während die Presse langatmige Wahlbetrachtungen anstellt, rüstet die Reaktion zum entscheidenden Kampf. Sie will, gestützt auf die vorzüglich organisierte Militärmacht, die Herrschaft mit Gewalt an sich reißen, um dann eine rücksichtslose Säubeldiktatur aufzurichten. Ihre Beteiligung an der Reichstagswahl sollte vorläufigen, daß sie den Kampf um die politische Macht nur mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln führt und ihnen Gelegenheit sein — wie wir an dieser Stelle gestern schon sagten —, die Zahl ihrer Getreuen zu mustern.

Wie verlogen die Erklärungen über den verfassungsmäßigen Kampf der Reaktionäre sind, wie wenig Glauben den regierungsoffiziösen Meldungen von der bereits vollzogenen Auflösung der Zeitsfreiwilligenformationen beizumessen ist, zeigen die Vorgänge bei den Leipziger Zeitsfreiwilligen, auf die wir schon wiederholt aufmerksam machten. Am Freitag und Sonnabend vor der Reichstagswahl erhielten die Leipziger Zeitsfreiwilligen Warnungsschreiben, die, wie in Berlin, vor einer Bartholomäusnacht warnten. Ein solches Schreiben wurde uns zur Verfügung gestellt. Es lautet:

Geheim.
Persönlich.
Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß in der Nacht vom Sonntag auf Montag, bzw. Montag auf Dienstag die Wohnungen der ehemaligen Offiziere und der Zeitsfreiwilligen von linksradikaler Seite ausgehoben werden sollen und bitten Sie zum Schutze Ihrer eigenen Sicherheit, sich in Zivil am Sonnabend in die... Kasernen begeben zu wollen. Man bittet Sie, Ihre Waffen zu verpacken und unbrauchbar zu machen.

Unterschrift.
Hauptmann und Btl.-Kdr.

Der Empfänger des Briefes kam in die benannte Kaserne und traf dort mit einer Anzahl anderer Zeitsfreiwilliger zusammen, die ebenfalls geladen waren. Ein Offizier eröffnete ihnen dort, daß die militärischen Stellen von einem geplanten Linksputsch unterrichtet seien, und Abwehrmaßnahmen vorbereiten. Zu diesem Zweck werden die Zeitsfreiwilligen (die nach einer Erklärung der Regierung schon längst aufgelöst sein sollten!) in die Reichswehr eingereiht und gelistet, soweit sie beruflisch verhindert sind, als beurlaubt. Die Einreihung geschieht so, daß die Zeitsfreiwilligen den verschiedenen Kompanien der Reichswehr zugeteilt werden. Dagegen werden aus den korporierten Studenten Sonder-Kompanien gebildet. Im Nothfall werden die Zeitsfreiwilligen aus der Reichswehr herausgezogen und in je zwei Kompanien pro Bataillon als Zeitsfreiwilligenformation aufgestellt. Waffen und Ausrüstung werden von der Reichswehr gestellt. Außerdem wird noch eine besondere Zeitsfreiwilligen-Batterie gebildet.

Nach dieser Information wurden die „aufgelösten“ Zeitsfreiwilligen der Form wegen in die Reichswehr überschrieben und erhielten folgenden Ausweis:

Ausweis.
Leipzig, 5. Juni 1920.

Inhaber dieses Heftes . . . ist Angehöriger des Reichswehregiments 38, 3. Btl., und berechtigt, Waffen zu tragen.
Stempel des Grenzjäger-Regt. 38.

Unterschrift.
Hauptmann und Btl.-Kdr.

Den Zeitsfreiwilligen hat man erst mit der angeblich geplanten Mordnacht graulich gemacht, trotzdem kein Mensch an solch einen Irrsinn dachte, der nur der überspannten Phantasie eines Reaktionärs entsprungen sein kann. In der Kaserne hat man dann einen langen Vortrag über den bevorstehenden Linksputsch gehalten, um den Zeitsfreiwilligen die Notwendigkeit der militärischen Vorbereitungen zu beweisen. Die Mannschaften der Reichswehr klüffern sich in die Ohren, daß es diesmal nach Preußen gehen soll. Die Organisation scheint also so getroffen zu sein, daß die Truppen nicht an ihrem Standort „eingesetzt“ werden sollen. Unsere Informationen erklären auch eine Meldung der Leipziger Zeitung, die am 6. Juni schreibt:

„Nachdem schon gestern in den Mittagsstunden verschiedene Trupps von Studenten sich auf dem Augustusplatz versammelt

hatten und mit hinzugekommenen Kommunisten Auseinandersetzungen pflegen, sind gestern Abend eine große Anzahl Couleurstudenten und Studenten der rechtsstehenden Parteien — es sollen gegen 500 gewesen sein — vom Hauptbahnhof abgehärt, angeblich aus Angst vor einem Putsch der Radikalen. Wie wir hören, wollen sie sich im Schnelllager in Weisbaden als Freikorps organisieren. Ob diese rechtsstehenden „Helden“ wirklich aus Angst vor einem Putsch Leipzigs vertrieben haben, oder ob etwas anderes dahintersteckt, wollen wir vorläufig dahingestellt sein lassen.

Die militärische Organisation der Reaktion ist, wie die Meldungen aus dem Reich bezeugen, nach einheitlichen Gesichtspunkten in ganz Deutschland durchgeführt. Überall werden die Zeitfreiwilligen, die nach dem Friedensvertrag der Auflösung verfallen sind, scheinbar aufgelöst, in Wirklichkeit aber der Reichswehr angeheftet und so lange „beurlaubt“, bis die Reaktion den entscheidenden Schlag ausführt. An einzelnen Orten werden die Zeitfreiwilligen nach auswärtigen Garnisonen beordert, um dort in zuverlässiger, reaktionärer Formationen eingereiht und „beurlaubt“ zu werden. Das Signal war überall, wie in Berlin und Leipzig, die Warnung vor der Bartholomäusnacht. Unser Jenaer Parteiblatt, die Neue Zeitung, schreibt am 10. Juni:

Die Jenaer Couleurstudenten, diese willigen, durch keinerlei politische Sachkenntnis beschwerten Stützen und Werkzeuge der kapitalistischen Reaktion, rüsten wieder einmal heberhast und hohlen gemeinsam mit ihren Mitverschwörern im übrigen Reich zum Schlage gegen das Proletariat aus. Bekanntlich zwingen die Studentenverbindungen ihre Angehörigen, sich an der geplanten Arbeitermeißeil zu beteiligen. Die hundertbenutzten Jünglinge haben zur Zeit von den auswärtigen geheimen Kommandostellen der Gegenrevolution wieder einmal geheime Bestellungen erhalten, auf Grund deren sie nach nächtlichen Besatzungen am Montagabend und während des gestrigen Dienstags in Schwarzpöblich abgereist sind. Das Reiseziel der meisten war Naumburg an der Saale, der Ort der in den Märztagen „rühmlich“ bekanntgemachten Reichswehrbrigade 16. Dort wird der neue Putsch gegen das deutsche Volk planmäßig organisiert und vorbereitet. Dort und in der Umgegend sollen die famosen Mörderverbände, die sich in Bad Thal so unsterblichen „Ruhm“ erworben haben, aufgestellt und ausgerüstet werden.

Zur Verbedung ihrer offensichtlichen Vorbereitungen zu einem neuen Putsch und Blutbad an der Arbeiterklasse hatten die Drahtzieher der Verschwörung, die sich, wie immer, zunächst und bis zum Gelingen feige im Hintergrunde halten, aber in der Öffentlichkeit öfter einmal „heftigste“ Nacharbeitelaborate über „Recht und Gesetz“ verapient, wie uns gestern gemeldet wurde, in Jena das Gerücht lanziert, die Jenaer Arbeiter wollten am Montag oder Dienstag einen Putsch ansetzen und alle aktiven, inaktiven und Reserveoffiziere verhaften und ermorden.

So werden überall im ganzen Reich die Zeitfreiwilligen planmäßig als Reservetruppe für die Reichswehr organisiert, überall nach dem gleichen Muster, so daß die zentrale Leitung unverkennbar ist. Trotzdem gab der Reichswehrminister Geßler in den letzten Wochen wiederholt Beruhigungserklärungen in bezug auf den sich offensichtlich vorbereitenden Putsch von rechts. Er gab zwar die Möglichkeit zu, besteht aber unter Berufung auf die Loyalität der Reichswehrführer stets die Wahrscheinlichkeit. Nunmehr teilt unser Breslauer Bruderblatt, die Schließliche Arbeiterzeitung, in ihrer Nummer vom 8. Juni mit, daß Herr Geßler bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Breslau in einer Besprechung mit den Vertretern des Republikanischen Führerbundes die Bemerkung machte: „Auch ich glaube an einen neuen Putsch.“

Sollte sich diese Äußerung bewahrheiten, so muß um so mehr die Lässigkeit auffallen, mit der die Regierung den putschistischen Elementen in der bewaffneten Macht entgegentritt. Wenn selbst der Reichswehrminister an den neuen Putsch glaubt, weshalb greift die Regierung nicht durch, säubert die Reichswehr von monarchistischen Offizieren, entwirft die Freikorps und erfüllt endlich ihre Zusagen, die sie der Arbeiterschaft im März gemacht? Die Ausrede, dazu habe sie keine Macht, kann nicht gelten und soll bloß ihren mangelnden Willen zu energischem Vorgehen, verdecken. Gegen die Putschverbreiter in Uniform stehen ihr Hunderttausende von Proletariern zur Verfügung, wenn sie nur will!

Von überallher laufen Nachrichten über organisierte Putschvorbereitungen von rechts ein. Der Reichswehrminister legt die Hände in den Schoß oder dreht zum Zeitvertreib dann und wann eine Beruhigungsspiße. Inzwischen arbeitet die Reaktion mit Hochdruck.

In Hamburg wurde der Leiter der dortigen Einwohnerwehr, Hauptmann Erdmann, verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, 60 000 Patronen an die Zeitfreiwilligen in Bahrenfeld überwiesen zu haben. Die Großindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk verkündeten in einem Aktionsprogramm: „Wenn die Wahlen zugunsten der Linksparteien ausfallen, ist militärisch einzuschreiten. Es sind sofort sämtliche Arbeiterführer festzunehmen, so daß die Arbeiterschaft, ihrer Führer beraubt, in keinen Abwehrzustand eintreten kann. Das Ständerecht wird sofort aufgehoben und strikte zur Durchführung gebracht. Sozialdemokratische Blätter sind sofort zu beschließen, die Redakteure festzunehmen. Die militärischen Befehlshaber haben dafür zu sorgen, daß alle Führer der Arbeiter unschädlich gemacht werden.“

In Westfalen wird zur Bildung einer Weichen Garde aufgefordert, die, wenn sie in Aktion trete, rücksichtslos zuzugreifen und sich auch nicht von der „Schattenregierung“ in den Arm fallen lassen werde. Die Truppen sollen dahingehend „belehrt“ werden, daß die Arbeiter sie brotlos machen wollten. Bei einer Regierung von rechts aber würden sie die erste Rölle spielen.

Es ist also ganz klar, daß die Reaktion nach dem möglichsten Rapp-Putsch einen zweiten Schlag vorbereitet, den sie einheitlicher und besser organisiert. Die Zeitfreiwilligen und besonders die Korpsstudenten in diesen Verbänden sollen die Reserven bilden, die im entscheidenden Augenblick gegen das revolutionäre Proletariat eingesetzt werden. Um die Putschaktion von rechts aber als Abwehr gegen den Bolschewismus erscheinen zu lassen, werden Nachrichten von einem bevorstehenden Linksputsch in die Welt gesetzt. Daß diese Nachrichten aus den Fingern geblasen sind, bedarf gar keiner besonderen Betonung mehr. Das Proletariat hat aus der Entwicklung der letzten zwei Jahre genügend gelernt, um zu wissen, daß die Putschaktion die Politik politischer Amateure ist, nicht aber der Weg, auf dem eine sich ihrer historischen Aufgabe bewußten Klasse die politische Macht erobert. Aber etwas, andres wird aus den ewigen Gerüchten vom Linksputsch klar. Die Militär-Reaktion möchte gerne so einen kleinen Putsch der Kommunisten oder Unabhäng-

nigen inszenieren, um dann als rettender Engel mit der Militärmacht aufmarschieren und so die Herrschaft des weißen Schreckens errichten zu können. Denn wie ein Offizier sagte, der die Leipziger Zeitfreiwilligen über die neuen Maßnahmen unterrichtete, will man das nächste Mal nicht wieder so ungeschickt sein, wie es Rapp war. Es deutet alles darauf hin, daß man mit Hilfe von Spitzeln und Provokateuren den Linksputsch „machen“ will. Die Arbeiterschaft sei deshalb nochmal aufs nachdrücklichste vor diesen Elementen gewarnt! Wenn jemand im Betrieb, in Versammlungen oder wo immer sonst recht radikale Reden führt, dann prüft den auf Herz und Nieren. Die Reaktion rüstet mit Heberhast Eile und Scheut auch die verworfensten Mittel nicht, um den so dringend benötigten Linksputsch herbeizuführen. Sei deshalb auf der Hut vor Spitzeln!

Die Reaktion will den Kampf. Mag sie ein Länglein wagen. Wir werden ihr eine Melodie dazu aufspielen, daß ihr beim Tanzen Hören und Sehen vergeht! Einmal schon hat das Proletariat Blut und Leben gewagt für die Republik. Wird es ein zweites Mal zum Kampf gezwungen, dann wird es ein fürchterliches Ringen geben, ein Ringen auf Leben und Tod, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein wird. An den ehernen Mauern, des revolutionären Proletariats wird auch der schärfste reaktionäre Ansturm zerschellen. Wohlan ihr Säbelträger, beginnt den Tanz, wir spielen euch auf!

Gerichtsrecht zu diesen Nachrichten kommt die folgende Mitteilung, die uns von der 2. sächsischen Grenzjäger-Regimentsbrigade in Leipzig zugeht. Sie lautet:

Die Leipziger Volkszeitung stellt in Nr. 94 der Mitteilung von zurückgehender Stelle in Berlin, daß die Zeitfreiwilligenverbände aufgelöst worden sind, ein Schreiben des Abwicklungs-Kommandos Zeitfreiwilliger, Leipzig vom 27. 6. 20, wonach bei diesem Kommando noch einige Leute gebraucht werden, gegenüber, um an dem Inhalt des Leipziger Schriftstücks die Unglaubwürdigkeit der Berliner Mitteilung zu erweisen. Die Volkszeitung folgert also aus dem Schreiben des Abwicklungs-Kommandos, daß der Leipziger Zeitfreiwilligenverband noch nicht aufgelöst sei. Diese Folgerung ist unrichtig; die Volkszeitung übersieht oder verkennt bei ihr die Bedeutung und Tätigkeit der Abwicklungs-Kommandos, wie sie bei Auflösung jeder militärischen Formation gebildet werden. Sie sind erforderlich, um die Abgabe der Waffen, der Munition, Bekleidung und sonstiger Ausrüstungsgegenstände durchzuführen, sowie die Reinigung dieser Gegenstände bei der Abgabe vorzunehmen, ferner die Schuldbrechnungen zu besorgen und alle weiteren mit der Auflösung zusammenhängenden Schreibarbeiten zu erledigen, auch Aufträge zu erteilen. Für diese Zwecke wird eine gewisse Anzahl von Leuten gebraucht, die keinen Kampfsverband mehr bilden, sondern in freien Zellen der Reichswehr stehen, aus diesen Stellen besetzt werden, deren Uniform tragen und lediglich den mit der Abwicklung zusammenhängenden Dienst versehen. Hiernach ist der Inhalt des mehrerwähnten Schreibens des Leipziger Abwicklungs-Kommandos zu verstehen. Der unrichtigen Folgerung der Volkszeitung gegenüber sei aber noch ausdrücklich festgesetzt, daß das Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig tatsächlich aufgelöst ist.

Diese Nichtigstellung kommt etwas reichlich spät — unser Artikel „Der freche Schwandel von der Auflösung der Zeitfreiwilligen“ erschien am 20. Mai! Inzwischen sind die neuen Dokumente aufgetaucht, die wir heute veröffentlichen, ist die Beidigung der Zeitfreiwilligen in der Bahlnacht erfolgt, von der wir vorstehend berichteten. Formell mag der Herr Generalmajor Semst v. Pilsach, der die Zusage zeichnet, recht haben. Wie es um die Sache bestellt ist, das steht jeder an dem Vorstehenden, der sehen will! Die Zeitfreiwilligen sind „aufgelöst“, aber der Zusammenhang unter ihnen wird aufrechterhalten, und im Falle einer Aktion gegen die Arbeiterschaft werden sie als Reserve der Reichswehr aufgerufen werden. Wird der Herr Generalmajor wagen, diesen klaren Sachverhalt zu bestreiten?

Wie diese Aufstellung von Reservisten der Reichswehr auf die Beziehung zur Entente wirken muß, das geben wir der Reichsregierung, sowohl der jetzigen wie ihrer noch nicht erkennbaren Nachfolgerin, zu bedenken!

Programm und Pflicht.

Die U. S. P. und die Regierungsbildung.

Der Handel um die Regierungsbildung ist noch immer nicht abgeschlossen. Der bürgerliche Parlamentsberg freibt ruhig weiter und wann er schließlich das Mäuslein Reichsregierung gebären wird, ist heute noch so unklar und ungewiß wie in den ersten drei Tagen nach der Wahl. Die Rechtssozialisten und sogar ein Teil der Demokraten gestalten ihr Liebeswerben um uns von Stunde zu Stunde brünstiger; mit Zuckerbrot und Peitsche, mit widerlicher demagogischer Verleumdung unserer Haltung und mit würdelosen Rotaus vor den oder jenen bekannteren Persönlichkeiten aus unsern Reihen versucht man es, die U. S. P. von der klaren und eindeutigen Stellungnahme, die von vornherein von uns eingenommen wurde, abzulenkten und ihr die Kompromissmethoden des bürgerlichen Parlamentarismus schmachhaft zu machen. Die Rechtssozialisten wimmern im Chor, daß nur im Verein mit uns „der Wiederaufbau“ möglich sei, und daß Deutschland ohne die Koalition von Koch bis Dittmann sterben und verderben müsse; wir müßten eben angesichts dieses größeren Ziels unsere Grundsätze und unser Prinzip an den Nagel hängen.

Wir wiederholen es heute gewiß nicht zum erstenmal, daß alle diese Liebesmüh unsre Sündhaftigkeit im Sinne rechtssozialistischer Weisheit nur noch verstockter machen kann. Wir wollen gewiß auch, einen Wiederaufbau, und einen ebenso vollständigen wie schnellen. Aber wir wollen nur den Wiederaufbau, der den Sozialismus verwirklicht. Wie wir uns diesen Wiederaufbau denken, auch darüber haben wir der bürgerlichen Welt gar keinen Zweifel gelassen. Die Freiheit zählt heute noch einmal im Wortlaut unsre acht Mindestforderungen, die wir nach dem Rapp-Putsch aufgestellt haben, auf. Sollten sie wirklich schon der bürgerlichen Gesellschaft und der Koalitionspresse aus dem Gedächtnis entschwunden sein? Oder mag Herr Stampfer oder Herr Beckmann sie vielleicht als utopisch abzutun? Ach nein! Utopisch sind diese Mindestforderungen unsrer Partei durchaus nicht: Entlassung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, Aufhebung des Ausnahmezustands, Bekämpfung der Kappellen, Durchführung der Sozialisierung, Beginnend auf den Schichten des Bergbaues und der Energieerzeugung, Bergesellschaftung des Großgrundbesitzes, Sicherung der städtischen Lebensmittelversorgung, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern — wir sehen nicht ein, warum der

Besitz erst auf dem Opa gestülpt werden müßte, um sie zu verwirklichen. Aber wir sehen auch durchaus ein, daß eine bürgerliche Partei diese Mindestforderungen niemals und in keinem einzigen Punkte zu erfüllen vermöchte, nicht zwar wegen ihrer Unmöglichkeit, sondern wegen des reaktionären Interesses der Gegner, das eben dieses Minimalprogramm immer als utopisch ausgeben wird. Unser Berliner Organ bemerkt also sehr richtig, durch Aufstellung dieser unsrer Forderungen erledigt sich die Frage, ob wir uns an der Regierungsbildung beteiligen oder nicht, von selbst.

Es erledigen sich damit aber auch die Verleumdungen der alten Koalitionsparteien, insbesondere die Anwürfe der Rechtssozialisten. Eine Partei hat nur eine Verantwortung und nur eine Pflicht, und das ist die vor ihrem Programm und vor ihren Grundfragen. Eine andre gibt es nicht. Unser Programm ist revolutionär-sozialistisch, das wissen wir, das wissen auch die andern. Wer also mit uns den revolutionären Sozialismus will, der komme zu uns; wer ihn nicht will, und die Reaktion und Konterrevolution deckt, lasse uns ungeschoren.

Es ist kein gutes Zeichen für die moralische Stärke ihrer Position, wenn die Rechtssozialisten, die durch diese unsre Haltung selbst aufs neue an den Scheideweg zwischen Sozialismus und Kapitalismus gestellt sind, sich nun aufs Schimpfen verlegen. Schimpfen ist immer das Ausfuhrsmittel dessen, der sich im Unrecht und deshalb in unbequemer Lage fühlt. Über selbst im Schimpfen gibt es Nuancen, die wieder den Grad dieses Unrechts bezeichnen. Wenn die Magdeburger Volksstimme jetzt ihr eigenes Niveau so tief hinabschraubt, daß selbst ein Krebzlättchen sie gar nicht mehr darü überbieten kann, so ist das bezeichnend. Das Reichorgan des Herrn Brüning stellt den geplanten Anschlägen der Reaktion unsre Antworten gegenüber, und zwar so, wie sie sich in dem Flachschädel des rechtssozialistischen Tintenspritzers eben malen:

Die Reaktion plant: Noch härteren Ausbau der militärischen Reaktion. Neue Verwicklungen mit der Entente.	Die U. S. P. antwortet: 'ran an den Dauerlat. Ach was, wir sehn ins Bette.
--	--

— Jawohl, es gibt noch schriftstellerisch begabte und satyrisch voranlante Köpfe in — Magdeburg. Der Eingetankelter er scheint überflüssig und durch den rechtssozialistischen Reaktor ersetzt. Dieselben Herrschaften aber werden es schon am eigenen Leibe spüren, wie sie es ja schon bisher gespürt haben, daß wir uns keineswegs die Zipselmilch über Ohr ziehen werden, wenn wir weiter getreu unserm Programm die einzige Partei des Sozialismus bleiben sollen. Unser revolutionärer Sozialismus wird, das hoffen wir stark, noch sehr oft das Doppelopfer der rechtssozialistischen Vongen stören müssen.

Dieser hoffentlich letzten grundsätzlichen Auseinandersetzung unsres Standpunktes zum Berliner Kuhhandel hätten wir nur noch hinzuzusetzen, daß die Bestürzungen eines kleinen Teils unsrer Parteimitglieder, als ob schließlich etwa doch ein Kompromiß mit andern Parteien unter andern als den Bedingungen unsrer Mindestforderungen und unsres Aktionsprogramms von uns gesucht werden könnte, und absolut haltlos erscheinen. Weder die Haltung der Freiheit noch die Stellungnahme der Genossen der Parteileitung rechtfertigen es, von einer „Ablage an die revolutionäre Politik“ oder gar einer „Sabotage des Parteiprogramms“ zu reden, wie es jetzt in der Hamburger Volkszeitung geschieht. Die Freiheit hatte am 8. d. M. geschrieben:

Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Durchführung einer wirklich sozialistischen Politik. Als Mittel der Bourgeoisie und Stütze ihrer Herrschaft den Schein der Macht zu suchen, das darf man uns nicht zumuten.

Dieser grundsätzlichen Erklärung hat heute die Freiheit die Aufstellung der genannten acht Mindestforderungen der U. S. P. hinzugesetzt. Sie enthalten die Angabe der Mittel, die wir eben zur Durchführung einer wirklich sozialistischen Politik von vornherein für unumgänglich notwendig erachten.

Diese Forderungen können selbstverständlich von keiner bürgerlichen Partei bewilligt werden; das hat auch die Freiheit ausdrücklich hervorgehoben. Es handelt sich also nur darum, ob die Rechtssozialisten sie bewilligen und ob somit die „alte“ Partei von uns wieder auf den Boden des sozialistischen Klassenkampfes zurückgezogen werden kann oder nicht. Es handelt sich darum, wer stärker ist, die rechtssozialistischen Führer oder die Arbeitermassen, die ihnen noch, lediglich aus dem Geses der Trägheit heraus, Gefolgschaft leisten. Treten mit uns die Rechtssozialisten auf den grundsätzlichen Boden unsrer Mindestforderungen, so wäre es parteifanatisch und in der Wirkung konterrevolutionär, sie abzuweisen. Die gemeinsame Route mit ihnen wäre dann Pflicht vor der revolutionären Entwicklung. So spricht sich für unsre Partei die Frage der Regierungsbildung auf die weit wichtigere, grundsätzliche und allgemein-proletarische Frage zu: ob es möglich ist, überhaupt einen revolutionär-sozialistischen Parlamentsblock zustande zu bekommen, gegen den zu regieren eine bürgerliche Regierung zwar wagen und beginnen, aber kaum sehr lange ausführen könnte.

Es ist also durchaus nicht einzusehen, wie die Betonung unsrer Mindestforderungen gerade an die Adresse der Rechtssozialisten Verrat an unserm Programm und „parlamentarische Missionen“ bedeuten sollen. Niemand bildet sich gewiß ein, nur mit Hilfe des Parlamentarismus den Sozialismus zu verwirklichen. Ganz im Gegenteil hat, wie uns dünkt, die Partei mit ihrer Haltung und der Betonung ihrer Mindestforderungen gerade die revolutionäre Grundfähigkeit ihres Programms ausdrücklich gewahrt. Aber es gibt eben auch in unsern Reihen Leute, die dauernd über die Zwirnsfäden ihrer erhöhten Phantasie stolpern.

Die Stellung des Gewerkschaftsbunds-Vorstandes

Berlin, 10. Juni. (U.) Gestern fand der Neue Berliner Zeitung zufolge eine Vorstandssitzung des Gewerkschaftsbundes statt. Es wurde ein Antrag angenommen, jede Stellungnahme zu der augenblicklichen politischen Lage auszusprechen, bis die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Sonntag stattgefunden hat. In führenden Kreisen der Gewerkschaften hält man einen Eintritt der sozialdemokratischen Partei in die Regierung gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei für vollständig ausgeschlossen und sieht die allgemeine Lage sehr kritisch an.

Neuerungen aus dem rechtssozialistischen Lager.

Einige Führer der Rechtssozialisten, so besonders Philipp Scheidemann und Paul Sieck, — ob er übrigens noch Führer ist? — haben sich neuerdings recht entschieden gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen. Wir möchten aber nicht unbedingt die Hand dafür ins Feuer legen, daß sie

gesamte Partei ist unter allen Umständen diesem Standpunkt angeschlossen.

In der Münchner Post kamen deutlich Wünsche entgegengeleiteter Richtung zum Ausdruck.

Ebert amtsmilde?

Berlin, 11. Juni. Der Berliner Volksanzeiger will von unterrichteter Stelle erfahren haben, der Reichspräsident Ebert beachtliche nicht, von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Er finde innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person und empfinde sie als ungerechtfertigt, weil er als Reichspräsident nicht sowohl in erster Linie Parteinteressen als vielmehr den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen habe.

Herr Ebert hat freilich auch Veranlassung, über seine Chancen bei der Neuwahl recht zweifelhaft zu denken.

Die lauren Trauben.

Die Kommunisten haben bei den Wahlen sehr schlecht abgeschnitten. Nur in einem Wahlkreis haben sie eine Stimmenzahl aufzubringen vermocht, die ihnen einen Sitz sichert. Das hat zur Folge, daß sie von ihren 438 194 nur 120 000 nützen können. Sie erheben nicht 8 Sitze, wie sie nach dem Verhältniswahlsystem bekommen müßten, sondern ungerichtet nur zwei Mandate — das Kurt und Clara Zetkin werden sie vertreten —, weil das Wahlsystem feststeht, daß von der Reichsliste einer Partei nicht mehr Sitze zugewiesen werden dürfen, als sie in den Wahlkreisen erlangt hat. Die Bestimmung soll vor Parteispaltung schützen. Sie verhindert, daß allerlei Gruppen und Gruppen, wie Sozialisten, Arbeiter usw. mit besonderen Listen bei der Wahl aufmarschieren oder verhindert wenigstens, daß sie die Hoffnung haben können, durch Zusammenzählen ihrer Stimmen im ganzen Reich ein paar Mandate auf der Reichsliste durchzusetzen.

Die Kommunisten ernten zum Teil die Folgen ihrer Sünden von 1919. Ein Teil ihrer Anhänger hat nicht gewollt, weil er die Partei, die ihnen bei der Nationalversammlungswahl von ihrer Partei gegeben wurde, nicht so schnell wieder aufgeben konnte. Groß ist allerdings das Meer der kommunistischen Arbeiterpartei nicht — man wird, wenn die Wahlbeteiligung für jene Wahlkreise, in denen sie ihre Enthaltungsbewegung betrieben hat, einige Anhaltspunkte für nähere Schätzungen gewinnen. Aber schon heute steht fest, daß selbst beide kommunistischen Strömungen zusammengenommen nur eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft darstellen.

Die Rote Fahne kann das nicht leugnen. Sie tröstet sich damit, daß es nicht anders sein könne.

Es lag in der Natur der Dinge, daß die Partei, die den nächsten Schritt über den augenblicklichen Stand der Revolution hinaus vorwärts, erst die Rolle einer Avantgarde spielen kann. Die Wahlen haben uns eine Stärke dieser Avantgarde gezeigt (mehrere 100 000 Stimmen), über die wohl parlamentarische Kreise die Wahlen zu schätzen mögen, die aber uns mit Beschuldigung erfüllt. Das Gewicht unserer Partei mißt sich nicht an ihrer Zahl, wenigstens nicht an der gewöhnlichen Zahl, um die ihr zufallende Aufgabe zu erfüllen. Als Sammelplatz der Klassen und revolutionären Streitkräfte der proletarischen Revolution kann sie so wenig, wie unsere russische Bruderpartei, unklare und schwankenden Elemente die Tore öffnen. Ihre Stützpunkt besteht in ihrer Geschlossenheit und ihrer unbedingten Klarheit. Ihre erste Aufgabe wird jetzt sein, die im Wahlkampf neu gewonnenen Kräfte geistig und organisatorisch zu fest einzugliedern und dem revolutionären Sozialismus, der sich in der Unabhängigen Partei gesammelt hat, die sichere Führung zu geben, die deren Führung nimmermehr geben kann. Zwischen der kommunistischen Partei und den unabhängigen Arbeitern steht nur noch eine dünne Scheidewand: Die letzten parlamentarischen Wahlen und die letzten überlebenden Führer der parlamentarischen Zeit. Die parlamentarische Konstellation deutet auf revolutionären Sturm. Er wird diese Scheidewand rasch zerstören und schließlich zerbrechen.

Die kommunistische Partei leidet nicht an Selbstüberschätzung. Sie wird die Unabhängige Sozialdemokratie führen, — versteht sie. Es lohnt nicht, sich mit diesen billigen Hochsprücheln zu beschäftigen. Die Kommunisten mögen sich, soviel und solange sie mögen, als die Avantgarde des deutschen Proletariats betrachten — für ihre wirkliche Rolle ist nur entscheidend, als was die Arbeiterschaft sie ansieht. Diese „Avantgarde“ wird nicht an die Spitze der deutschen Arbeiterbewegung kommen.

Der Kampf in Chemnitz hat ebenso wie das Berliner kommunistische Zentralorgan erklärt, daß die Trauben, die seiner Partei zu hoch hängen, ihr — viel zu teuer sind. Die Kommunisten wollen gar keine starke parlamentarische Partei werden, denn sie sind ja einerseits zwar für die Beteiligung an der Wahl, aber andererseits jedoch hingegen nichtsdestotrotz gewissermaßen doch nicht so ganz für den Parlamentarismus. Mit dem Stolz, der den Kommunisten ziert, erklärt er:

„Wir Kommunisten sind keine parlamentarische Massenpartei und wollen auch keine werden. Wir Kommunisten sind die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats. Unsere Stärke liegt nicht in der Abgabe eines Stimmzettels, sondern darin, daß wir in den revolutionären Aktionen, die uns unmittelbar bevorstehen, den zum revolutionären Kampf geeigneten Massen wiederum führend vorangehen, die heute noch hoffen, ihr Schicksal zu wenden, indem sie einen sozialdemokratischen oder unabhängigen Stimmzettel in die Wahlurne legen.“

An einer andern Stelle aber hält diese etwas künstliche Entlassungsphilosophie nicht vor und das wahre Empfinden der ob der Wahl Niederlage enttäuschten und betrübten Kommunisten offenbart sich. Ganz wie ein „versumpfter Unabhängiger“ schilt der Kämpfer da über das unbefriedigende Ergebnis und sucht nach Mitteln, es zu verbessern:

„Unsere Organisation ist überall noch in einem embryonalen Zustand. Die Mängel sind bei der Wahl hart und empfindlich zutage getreten. Schlecht abgeschnitten hat Chemnitz mit 21 000 Stimmen. ... Das ist ein völlig ungenügendes Ergebnis. Das Wahlergebnis zeigt überhaupt, daß wir in den Orten mit der stärksten Parteiorganisation, in Chemnitz, Limbach, Werchau das schlechteste Stimmenergebnis aufzuweisen haben. Das gibt uns einen Fingerzeig: Unsere Genossen in Chemnitz, Limbach, Werchau waren zu langsam, es wird Aufgabe unserer kritischen Wahlprüfung in den Mittelgliederparlamenten sein, die gemachten Fehler aufzudecken und abzustellen und es künftig besser zu machen.“

Die kommunistische Partei wird sich also künftig bemühen — ganz wie die Unabhängige Sozialdemokratie, die nach kommunistischer Berechnung unrettbar im parlamentarischen Kremlismus versinkt — ihre Organisation, ihren Apparat für künftige Wahlarbeit zu verbessern. Sie möchte größer werden, damit sie die Trauben erlangen kann, die ihr diesmal entgangen sind, und sie ihr jetzt angeblich zu teuer sind. Sie möchte es. Aber sie geht bei diesem ungeschlossenen Pendeln zwischen Parlemen-

tarismus und Antiparlamentarismus schwerlich die Arbeitermassen gewinnen, die dazu nötig wäre. Sie wird eine Seite bleiben, die hinter der großen Arbeiterbewegung herläuft und dabei mit voller Lungenkraft versichert, daß sie es sei, die die Führung übernehmen müßte.

Ueber die Geldquellen der Kommunisten verbreitet die bürgerliche Presse heute wieder eine etwas sehr phantastisch klingende Meldung. Aus Rotterdam wird unterm 10. Juni gemeldet:

Die Morning Post meldet indirekt durch Funkpruch aus Moskau: Die Wahl nur zweier Kommunisten in den deutschen Reichstag hat im Moskauer Großen Sowjet zu Ärmlichkeiten geführt. Es wurde die Abberufung des bolschewistischen Vertreters in Berlin, Kopp, verlangt, dem für die Propaganda 50 Millionen Rubel bewilligt worden waren.

Wir verzeichnen das Telegramm und müssen den Kommunisten es überlassen, sich dazu zu äußern. Wir brauchen nicht zu bemerken, daß Meldungen aus dieser Quelle das größte Mißtrauen verdienen, das hier durch den Inhalt noch besonders verstärkt wird.

Ungewöhnliche Abstellung.

Von „autöndiger Stelle“ wird dem Woffischen Bureau mitgeteilt: Vom 10. Juni ab liegen in der 50-Kilometer-Zone, wie von der Entente bestimmt, nur noch 10 Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie. Diese Verbände bilden einen Teil des Übergangsheeres, dessen Herabminderung auf 200 000 Mann durchgeführt ist.

Nach dieser Darstellung muß es so scheinen, als sei nun alles geschehen, wozu Deutschland verpflichtet ist. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge so, daß die Deeresstärke in aller nächster Zeit auf 100 000 Mann, also auf die Hälfte der jetzt amtlich zugeordneten Stärke herabgemindert werden muß. Gerade dagegen aber hat sich die bisherige Koalitionsregierung immer gestemmt. Von der kommenden Regierung muß darum gefordert werden, daß sie nun alles tut, um den hinsichtlich der Deeresverminderung übernommenen Verpflichtungen loyal nachzukommen. Die weitere Abstellung ist unbedingt notwendig, um die militärische Gefahr innerhalb Deutschlands herabzumindern und die durch die militärischen Teilerfolge fortgesetzt drohenden neuen Zusammenstöße mit dem Ausland in Zukunft zu vermeiden.

Keine Einstellung von Baltikumern?

Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums sendet uns folgende Auskunft:

Sie brachten vor einigen Tagen in Ihrem Blatte eine Notiz, die mit der Überschrift: „Deeresverminderung durch Einstellung von Baltikumern“ versehen war.

Das Reichswehrministerium ist dieser Angelegenheit nachgegangen und hat festgestellt, daß die in dieser Notiz gemachten Angaben nicht zutreffen:

1. Bei der 5. Btr./A. R. 3 (Optm. Größendinkel) sollen angeblich 4 Unteroffiziere, 20 Mann jezt entlassen und durch Baltikumer ersetzt sein.

Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen. Bei der 5. Btr. sind in der Zeit vom 1. 3. bis 31. 5. 6 Unteroffiziere und 28 Mann auf eigenen Wunsch, weil sie anderweitig Arbeit gefunden hatten, 4 Mann aus dienstlichen Gründen entlassen. In der gleichen Zeit wurden 7 Mannschaften eingestellt, von denen 3 dem „Grenzschutz Ost“ angehört haben. Ehemalige Angehörige von Baltikumtruppen sind bei der Batterie überhaupt nicht eingestellt.

Bei dem in der Notiz erwähnten Artillerieregiment 8 befinden sich überhaupt nur 3 Mann, die im Baltikum Dienst getan haben. Sie sind jedoch schon vor dem 1. 3. 20 beim Regiment eingestellt.

2. Die Angabe betr. des Stabes mit ungenügenden Offizieren ist erfinden. Der Stab hat nur seine etatsmäßigen Offiziere. Ebenso ist die Behauptung über die Helme mit Halbkreuzen gänzlich aus der Luft gegriffen.

3. Eine 4. Kompanie gibt es beim Gardebataillon überhaupt nicht.

Beim ganzen Bataillon befinden sich nur 35 ehemalige Angehörige von Baltikumformationen, die aber sämtlich vor dem 1. 3. beim Bataillon eingestellt waren.

Unsere Angaben in dem betreffenden Artikel entstammen Mitteilungen des republikanischen Führerbundes, die durch eine ganze Reihe von Blättern gegangen sind. Wir müssen es dem Bund überlassen, sich zu dieser Erklärung des Reichswehrministeriums zu äußern.

Zur italienischen Regierungskrise.

Wie das Berliner Tageblatt aus einer Quelle, die sich bisher stets als zuverlässig erwiesen hat, erfährt, hat der König von Italien gestern das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Mittl genehmigt und Giolitti mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Es verlautet, daß Giolitti bereits über die Verteilung der Ministerien im Klaren sei und auch schon mit den betreffenden Kandidaten über die Übernahme gesprochen habe, so daß die Krise voraussichtlich schon in den nächsten Tagen überwunden sein wird. Wie dem Berliner Tageblatt ferner aus Rom gemeldet wird, nennt man als künftigen Minister des Aeußeren den Hofkammerbeamten Martino oder den früheren Abgeordneten Bertolini. Sollte Giolittis Versuch scheitern, so dürfte der König vielleicht auf Orlando zurückgreifen, der ein persönlicher Freund Lloyd Georges ist. Giolitti soll die Absicht haben, bald einen Antrag einzubringen, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen Staatsmänner vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Solandra wurde bereits in der gestrigen Kammer Sitzung schwer insultriert.

Regierungskrise auch in Oesterreich.

Ul. Wien, 11. Juni. Die Politische Korrespondenz veröffentlicht spät nachts ein parteiamtliches Communiqué, in dem es heißt: Die Krise in der Koalition ist durch die Vorgänge in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wesentlich verschärft worden. Eine christlichsoziale Gruppe der Koalition ist gegen den Staatssekretär für Heereswesen ausgetreten und hat die Forderung aufgestellt, daß die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werden. Der christlichsoziale Parteiführer Runkhauf hat nicht nur den Staatssekretär für Heereswesen ausdrücklich befehligt, sondern auch ganz offen mit Sprengung der Koalition gedroht. Diese Drohung ist von allen Seiten mit dementsprechendem Beifall aufgenommen worden. Angesichts dieses Umstandes haben Staatskanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre den Vorstand der sozialdemokratischen Abgeordneten um die Ermächtigung ersucht, zu demissionieren. Der Vorstand hat dieses Ersuchen zur Kenntnis genommen.

Rücktritt der polnischen Regierung.

Warschau, 9. Juni. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Die Regierung hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatschef hat es angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Die Vorgänge im Osten.

Die neue polnische Offensive.

Im polnischen Heeresbericht vom 9. heißt es: Im Norden schreitet unsere Gegenoffensive trotz festgestellter Heranzugung neuer bolschewistischer Kräfte und trotz erbitterter Widerstands fort. Unsere Abteilungen erreichten nach blutigen Kämpfen die Linie des Flusses Soc. Bei Gornal wurden feindliche Durchbruchversuche zurückgewiesen. In der Ukraine kämpfen unsere Truppen heldenhaft ausdauernd gegen überlegene feindliche Kräfte, die um jeden Preis versuchen, unsere Front zu durchbrechen.

Ergebnislose Verhandlungen zwischen Polen und Litauen.

Kopenhagen, 9. Juni. Berlingische Litende meldet aus Rowno: Aus Warschau sind die Führer der nationalen Volkspartei und der sozialdemokratischen Volkspartei, die im polnischen Parlament die Mehrheit besitzen, eingetroffen. Bei ihren Verhandlungen mit der litauischen Regierung und der Nationalversammlung hielten sie an der Forderung fest, daß die Streitfragen über Wilna durch eine allgemeine Volksabstimmung entschieden werden sollten. Von litauischer Seite wurde mit der unbedingten Forderung geantwortet, daß die Anerkennung Wilnas als Hauptstadt Litauens unerlässlich sei. Auch der polnische Vorschlag auf Errichtung eines föderativen Bundes, dem Wilna, Rowno und Grobno als selbständige Kantone angehören sollen, wurde abgelehnt. Die Verhandlungen sind somit ergebnislos geblieben. Der britische Kommissar für die baltischen Angelegenheiten traf aus Riga in Rowno ein, um mit der litauischen Regierung über die polnisch-litauischen Streitfragen zu verhandeln.

Zum schwedisch-finnischen Konflikt.

Wie bereits gemeldet wurde, hat England die Entsendung eines britischen Geschwaders in die Ostsee beschlossen. Der Pariser Korrespondent der Berlingische Litende bemerkt dazu, daß man in politischen Kreisen der Entsendung des britischen Geschwaders große Bedeutung beimißt. In Turin hält man es für wahrscheinlich, daß man nach der Ankunft des englischen Geschwaders in den schwedisch-finnischen Gewässern nichts mehr von den Friedensverhandlungen der finnischen Kreise gegenüber Schweden zu hören bekommen wird. Es wird aber angelegt, daß sich die Entsendung des englischen Geschwaders nicht gegen Finnland richtet, vielmehr wolle man Finnland gegen die Möglichkeit eines Brudersowjetbundes auf Finnland durch die russische Ostseeoffensive schützen. — Wie aus Stockholm berichtet wird, hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung für die nächsten Tage zusammenzubekommen.

Deutschland.

Die braunschweigische Landesversammlung und die Regierungsbildung.

Braunschweig, 10. Juni. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl einer neuen Landesregierung solange auszuschieben, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Befürwortung des Antrages. Es folgte der größte Teil der Fraktion des Landeswahlverbandes. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf morgen vertagt.

Der Vertrag über Schleswig.

Von autöndiger Seite wird bestätigt, daß die deutsche Regierung um eine unbefristete Verlängerung der Annahmefrist für den Vertrag über Schleswig nachgesucht hat und ihre Stellungnahme durch Gegenverpflichtungen geltend gemacht wird. — Der Kreisrat des Landkreises Flensburg teilt einstimmig scharfe Vermahnungen dagegen ein, daß als neue deutsch-dänische Grenze die sogenannte Clausenlinie in Aussicht genommen ist. Der Kreisrat dieses Grenzgebietes verlangt in bestimmter Form von der Reichsregierung, daß diese unter keinen Umständen dieser Angelegenheit ihre Zustimmung gibt. Er verlangt einstimmig, daß alle Forderungen, die im Vertrag über Schleswig keine Begründung finden, abgelehnt werden.

Keine weitere Erhöhung der Fleischpreise.

Das Reichsernährungsministerium beabsichtigt, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen. Auf eneralsche Vorstellungen Bayerns ist nunmehr erreicht worden, daß diese neuerliche Erhöhung der Fleischpreise nicht eintritt.

Streit der Krankenkassenärzte in Saargebiet. Im Saargebiet sind die Krankenkassenärzte in den Streit getreten und haben den Vertrag mit den Krankentälern mit sofortiger Wirkung gekündigt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Schiffreederei gegen den Achtsundenlag.

Die Baltische und Weiße Meer-Konferenz der Dampfschiffreederei Englands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands und Belgiens hielt nach den Kriegsjahren in Kopenhagen die erste Jahresversammlung ab. In der Sitzung wurden Beschlüsse angetragen für den Achtsundenlag, die Freiheit der Meere und den Handelsverkehr angenommen. Bei der Beratung des Achtsundenlages entschied sich die Konferenz dahin, daß die allgemeine Durchführung des Achtsundenlages verschoben sei. Man könne die Arbeitszeit nur auf Grund von Beratungen der Unternehmer und Arbeiter festlegen.

Spannung der Lage in Irland?

Wie die neue Rotterdamische Courant aus London meldet, hat die Polizei in Dublin, die zeitweilig durch Soldaten ersetzt war, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Man sieht darin ein Anzeichen für die Rückkehr friedlicher Zustände. — Laut Times beschloß die englische Regierung, einen Gesandtschaftsbesuch über die Schaffung eines Gerichtshofes in Irland einzubringen, der untersuchen soll, ob gegen verhaftete Personen hinreichende Verdachtsmomente vorliegen. Vorsitzender des Gerichtshofes soll ein irischer Richter sein.

Thrazien von den Franzosen geräumt. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Befehlshaber der französischen Truppen in Thrazien in Konstantinopel eingetroffen ist und daß die französischen Truppen das thrazische Gebiet nunmehr vollständig geräumt haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Feilner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Vorschlag-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchverlags- und Anzeigenverlag, Leipzig.

Hühneraugen?

Da bist nur Austerlitz, das glanz, bewährte Mittel. Auch gegen Schwiele. Dornhaut u. Warzen mit bestem Erfolge anzuwenden. Fr. 2.50. In allen Apotheken u. Drogerien erhältlich. König Salomo-Apothek.

Diese Nummer enthält 16 Seiten.

Bestimmungen.

Fleischverteilung.

Angabe: Am 12. Juni auf die Fleischmarken S1-10 (Erwachsene) 180g Gefrierfleisch mit Knochen, S1-5 (Kinder) 90g desgl., S1-5 (Kranke) 125g desgl., Fleischmarken 5 für Kriegsgefangene 125g desgl., Mager Gefrierfleisch wird ein kleiner Teil Kalbfleisch und Hammelfleisch mit ausgeben, ohne Wahlrecht für den Käufer. In den Fleischereien mit Anwesennummer 1-200 gibt es 130g Fleisch und 50g Fleischwurst.

Fleischpreis: 9,40 M. d. W. (180g & 3,40 M., 120g & 2,45 M., 125g & 2,35 M., 90g & 1,20 M.).

Wurstpreis: 6,50 M. das Pfund (50g & 0,5 M.).

Anmeldung: Fleischmarken U und Fleischmarken 8 für Kriegsgefangene bis Donnerstag, den 17. Juni, beim Fleischer abgeben.

Leipzig, 10. Juni 1920. Ernährungsamt III.

Süßstoffverkauf unter städt. Aufsicht.

Marke 10 E und K als gem. Lebensmittelmarke Reihe O je eine H-Badung Süßstoff zu 50 Wg. Verbraucher: Markenabgabe in Apotheken und Drogeriegeschäften bis 12. 6.

Verkauf: Markenabgabe, in Apotheken und Drogeriegeschäften, am 14. Juni, den 14. Juni, Abhof des Süßstoffes von den Apotheken in der Adler-Apothek, Dainitz, D. von den Drogeriegeschäften bei der Firma Kammann & Co., Burastraße 20, Dienstag, den 15. 6.

Lehrer Abholungszeit für Verbraucher 10. 6. Leipzig, 10. Juni 1920. Ernährungsamt III.

Schweineschmalz-Verteilung.

1. Marke 8 Fettmarke 38 250g Schmalz (0,50 M.).
 2. Marke 18 Zusatz für Kriegesgef. 50g Schmalz (1,90 M.).
 3. Krankeniondermarke 103 aufgeb. Magerbutter.
 4. Kränker- und Besuch-Marken S7, X7 je 80g Schmalz (2,30 M.).
- Verbraucher: Markenabgabe zu 1.-2. bis 12. 6. Abholung bis 21. 6.

Kleinbändler: Bezugsf. Entn. 14. 6. (allgem. grauer Lieferchein). Abgabe d. Bezugsf. Po 23 nur bei Buttergroßhändlern 14. 6.

Buttergroßbändler: Bezugsf. Ablieferung, 15. 6. Warenentn. für Krante, Kränker und Besuch ohne Voranmeldung in Butterverkaufsstellen für Militärkränker und Besuchskranke.

Leipzig, 10. Juni 1920. Ernährungsamt III.

1000 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 10. Juni 1920 ist einem hiesigen Einwohner, der im Begriffe war, den hier 12.40 Uhr früh in der Richtung nach Döb abgehenden Schnellzug zu benutzen, auf einem Bahnschweig des Hauptbahnhofes hier

1 neue grüne Eisenbahnkarte, enthaltend 13000 Mark, bestehend aus 11 Scheinen zu je 1000 M., 18 bis 19 Scheinen zu je 100 Mark und der Rest aus Scheinen zu je 50 Mark, abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden. Auf Wiederherbeibringung des Geldes sind von dem Geldabgaben 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens an die Kriminalabteilung erbeten zu Kr. B. V. VI 1022/20.

Leipzig, den 10. Juni 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Tausch.

1. 150g Magerfleisch (0,90 M.). Gefäße mitbringen. 2. 140g Cornedbeef. Kinder nur die Hälfte. Pfundpreis: 9,50 M. Eberberger und Koch-Fleischwurst. 3. Für die Woche vom 15. bis 21. Juni nach Wahl bis zu 2 Pfund Daserfoden. Pfundpreis 3,50 Mark.

Sparkasse Paunsdorf.

Geschäftszeit: Montags bis Freitag 8-2 Uhr, Sonnabends 8-1 Uhr. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent. Postkassentonto Leipzig Nr. 41300. Kontrollmarken.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Goldwib-Großstädte. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Feldschloß Großschloß. Der Vorstand.

Kleinziemer. Sonnabend, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Terrasse, Tagesordn.: Variationsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Elternratswahl. Am Sonntag, 13. Juni, findet in der Schule in der Zeit von 10 bis 4 Uhr die Elternratswahl statt. Die Genossen und Genossinnen, die Kinder in die Schule entsenden, werden ersucht, sich rechtzeitig an der Wahl zu beteiligen. Auch Pfleger, Vormünder und Eltern von Fortbildungsschülern sind wahlberechtigt. Gebt eure Stimme den Vertretern der U. S. P. D.

Möckern. Sonnabend, den 12. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Carolabau. Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Partei. Referent: Genosse Herm. Liebmann. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand. NB. Die schulunfähigen Töchter und Söhne, die an der von uns veranstalteten Jugendweihe teilgenommen haben, können die Gebendblätter beim Genossen Schlegelmisch entnehmen.

Möllau. Sonnabend, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Neuen Welt. Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Partei. Referent: Gen. Heiner Wulfsko. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Blagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, abends 7 1/2 Uhr, Frauen-Lesabend im Restaurant Gumbertus, Lindenau, Obermannstraße 12. Vortrag: Sozialistische Erziehung im Hause. Referent: Genosse Lehrer Bauer. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Wahren. Sonnabend, den 12. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokale Bietenshofen. Tagesordn.: 1. Vortrag: Die nächsten Aufgaben der Partei. Referent: Gen. Friedr. Göver. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wiederitzsch. Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Neuen Gasthof. Tagesordn.: 1. Die Aufgaben der Elternräte. Referent: Genosse Walter Froytag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Bund südam. Auswanderer E. V.

Morgen Sonnabend, den 12. Juni 1920, abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Kollnorbund Johannisstraße 4.

Zentr.-Verb. der Arbeitsinvaliden Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Leipzig. Sonntag, den 13. Juni, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Aus Kernlederstücke zusammengesetzte Sohlen Paar nur Mk. 1.50 gut. Pa. Kernleder im Ausschitt u. im Ganzon sowie sämtl. Schuhbedarfsartikel preiswert zu haben C. Migdin, Haupt- Leipzig, Tauchaer Str. 46 Filialen: Sell., Wurzn. Str. 11, Schönef., Brestauer Str. 44.

Haarverlust

Schuppen, dünne Haarwuchs. Gegen Haarverlust. Seilemanns Haarbalsam ein altes bewährtes Heilmittel. Ein Versuch überzeugt Sie. Preis 8.- M. Verkauf u. Versand: Banercher Hof, Ede Albenberger Str. Institut für Haarleiden.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek liegt allen Willkürlichen offen. Die Bibliothek enthält alle Bücher, Zeitschriften, Broschüren, die für die Arbeiterbewegung von Interesse sind. Die Bibliothek ist für die Arbeiterbewegung von großem Nutzen. Die Bibliothek ist für die Arbeiterbewegung von großem Nutzen.

Metallbrüder. Familien-Ausflug.

Sonntag, den 13. Juni 1920, 7 Uhr vorm. ab Rosentaler über Burgaue Leutzsch nach dem Bienen. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Kommission.

Bauhilfen und Konstr.-Arbeiter.

Mittwoch, den 16. Juni 1920, abends 7 Uhr im Volkshaus, wichtige Sitzung sämtlicher Vertrauensmänner und Betriebsratsmitglieder.

Welten. 7 Uhr. Fortsetzung des Kurses „Arbeiterrecht“

im Schloß Lindenfeld, Ein-gang Böhlenstraße.

Abonnenten

berücksichtigt bei Euren Einflüssen die Interessen der Leipziger Arbeiterbewegung.

Ortsverein Leutzsch

Freitag, den 11. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder = Versammlung im Alten Gasthof.

Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Partei.

1. Referent: Genosse Karl Ryssol.
 2. Freie Aussprache.
 3. Elternratswahl betr.
 4. Verschiedenes.
- Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Gemeindevertreter-Konferenz

der Amtshauptmannschaft Leipzig. Sonntag, 13. Juni, vorm. 9 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftsraum.

Tagesordnung:

1. Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten. Referent: Genosse K. Kappel.
 2. Einverleibung von Wahren, Paunsdorf, Deutscher und Großziemer. Referent: Genosse Fr. Seger.
 3. Stellungnahme zu den indirekten Steuern in den Gemeinden.
 4. Zuschüsse zu der Erwerbslosenfürsorge.
- Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. Der Hauptvorstand.

Eingetroffen:

Gezuckerte Büchsenmilch Dose 11.50
Ungezuckerte Büchsenmilch Dose 12.50
(Sahne) Dose 12.50
Rudolf Pfaff
Städt. Markthalle, Erdgesch., Stand 46. Tel. 10485.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig. Bureau: Gerberstraße 1. II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426. Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr. Sonnabends 9-2 Uhr. Arbeitsnachweis: Mühlengasse 20. S. L. Tel. 917. geöffnet 8-4. Sonnabends 8-3 Uhr.

Achtung! Straßenbahner! Achtung!

Sonnabend, den 12. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr
Versammlung im Sanssouci, Leipzig, Eiferstraße.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Auflösung der Betriebskrankenkasse und Anschluss an die Ortskrankenkasse. 2. Betriebsleiterfragen. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem dienstfreien Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, diese wichtige Versammlung zu besuchen. Ausweise sind am Saaleingang vorzusetzen. Ohne Verbandslegitimation kein Zutritt.
Sektion der Straßenbahner. S. A. R. Schäfer.

Sehr preiswert. 1919er Ernte

Groß. Posten prima gelbe Erbsen Ztr. 180 Mk. von 25 Wd. aufwärts abzugeben. Verkaufszeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Markt. T. H. Freiabendhof, Gleis 33. Säde und Gefäße sind mitzubringen. Im Auftrage des Verkäufers.

1a holl. Kakao

gar. rein, dunkle Ware, Pfund Mk. 25.- Deutsche Schokoladen Bonbons - Pralinen. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Nährmittelfabrikation „Heros“ Hugo Kippmann, Leipzig, Kuchengartenstraße 16. Tel. 4560. (kein Laden). Tel. 4560. Großhandels-erlaubnis vom 8. August 1916.

Anbieten, solange Vorrat!

1a Malzkeurowin, gar. Zucker gelükt, in Malztrank, gar. Zucker gelükt, Rhein- u. Moselweine, Original-Verkauf: u. Bergabermische, Schaumweine u. Spirituosen zu günstigen Tagespreisen ab unserm Lager. Duchstein & Walther, Leipzig. Köhniger Str. 32. Fernspr. 6203.

Streichfert. Farben in bester Friedensgüte

Wandfarbe, hell, a. für Wandmalerei geeignet. kg 19.- Wandfarbe, weiß, grau usw. kg 32.- Kuhnert & Co., Emmastraße 42. Tel. 5719.

Lichtspiele
Zschocher
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Ab Freitag, den 11., bis Sonntag, den 13. Juni
Nur 3 Tage
ab Montag, den 14. Juni, bis Donnerstag, den 17. Juni, wegen vollständiger Renovierung geschlossen
Morell, der Meister der Kette
2. Teil - 7 Akte
Glanz und Elend der Kurtisanen
Wahnsinn
Außerst spannender Sensations-Film
in 6 Akten mit:
Conrad Veidt, Reinh. Schünzel
sowie ein weiterer Spielplan.
Einlass 5 Uhr.

Schuh-Instandsetzungsfabrik Hansa
A. v. Soosten, L.-Vo., Eisenbahnstraße 89
Nur Besohlen mit gutem Kernleder
bei guter, prompter Ausführung innerh. 2-3 Tagen
Herrn-Sohlen u. Abs. 50-55 Mk. Nur Damen- 40-45 " Kernleder
Kinder je nach Größe
Annahmestelle: Stötteritz, Holzhäuser Str. 95, II. r.

Lachs
in Büchsen (Salin) Weichfleisch, 1 Pfund Inhalt
Mk. 12.- pro Pfund.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Nährmittelfabrikation „Heros“
Hugo Kippmann
Leipzig, Kuchengartenstr. 16, Tel. 4560
Großhandels-erlaubnis vom 8. August 1916.

Familien-Nachrichten
Donnerstag, den 10. Juni, verschied schnell und unerwartet durch Unfalltod unser innigstgeliebtes und unvergessliches Kirchen im Alter von 2 1/2 Jahren. In unglücklichem Schmerze sagt dies an Familie Walf, Janina u. Frau nebst allen Hinterbliebenen.

Deutscher Buchbinder-Verband / Zahlstelle Leipzig
Am 9. Juni entfiel unser Mitglied und Vertrauensmann, Kollege
Cuno Tieg.
Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Schwerverletzt durch die Märzunruhen, verschied nach qualvollem Leiden am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, mein lieber Sohn, Bruder und Bräutigam
Erich Müller.
L. - Reudnitz, Kohlengartenstraße 11.
Martha verw. Müller und Geschwister
Familie Gelpel.
Beerd. Montag, 14. 6. nachm. 2 Uhr, Trinitatisfriedhof.

Nach schwerer Krankheit verschied am Mittwoch, abend im 58. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gatte
Johann Schmolke.
Leipzig, Bübomstr. 16, den 10. Juni 1920
In tiefster Trauer:
Frau Juliana Schmolke und Kinder.
Die Beerdigung findet Montag, 14. 6. mittags 12 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

Zurückgeführt vom Grabe unseres letzten lieben Sohnes und Bruders
Otto Reif
welcher seinen zwei Brüdern als Opfer des Krieges nachfolgte, fühlen wir uns veranlaßt, allen Freunden und Bekannten, die uns ihre Anteilnahme an unserm Schmerze durch die vielen trostreichen Worte bezeugten, sowie dem Grab so reich mit Blumen schmückten, herzlich zu danken. Insbesondere Dank Dr. Pastor Bogt für die trostreiche Grabrede, Dr. Lehrer März, nebst Schulleitung für Gelang, der hiesigen Jugend für Spende, Kranz und freiwilliges Tragen zur letzten Ruhe. Dank auch dem Radfahrerverein zu Wiederlich für Kranzsende, Frau Knack für Beistand während seiner schweren Krankheit und Frau Nitolaus für ihre Mithilfe. Da es uns nicht verdingt ist, liege ein sein zu danken, sprechen wir nur auf diesem Wege allen unsern innigsten Dank aus. - In tiefstem Weh
Wiederlich, am Begräbnistage
Die schwergeprüften Eltern
Karl Reif und Frau geb. Sperling

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Verluste unseres lieben Vaters
Friedrich Hermann Schnurrpusch
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
Frau verw. Schnurrpusch
im Namen der Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Parteiabteilung.

Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus... Sitzung der Parteileitung.

Dejch-Bauhof, Einwohnerwehr (Ortschutz). Heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Thüringer Hof Sitzung für alle Einzelgriechen und solche, die sich noch melden wollen.

Elternrats-Wahlen.

Parteilosen! Unterschätzt nicht die Bedeutung der Elternräte! Beteiligt euch überall geschlossen an den Wahlen.

Sonabend, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet für die U. S. P. Mitglieder der Elternräte der Schulen Leipzig und des eingemeindeten Vororts eine Konferenz im Volkshaus, Café Mitte, statt.

Leipzigs mittlere Berufsschulen.

2. Die Frauenberufsschule.

Parallel mit dem großen sozialen Emanzipationskampf der arbeitenden Klassen zur Erreichung von immer mehr Freiheit und Menschenwürde geht ein ebenso wichtiger der unterbreiteten Geschlechter, nämlich des Kindes und der Frau, um dieselben Ziele.

- 1. die hauswirtschaftliche Fachschule mit dreijährigem Lehrgang für künftige Hausfrauen und Hausdamen; 2. die Handelsschule; 3. die Gewerbeschule mit Fachklassen für Schneider, Bekleidungs- u. kunstgewerbliche Zeichen und Lehrgängen für Kunsttischler und feiner weibliche Arbeiten...

Der Protest der Dunkelmänner.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch kündigte Herr J. E. M. als eine Protestaktion von 60 oder mehr Vereinen gegen den Rat an, weil dieser in einer Verbeschriftung für die Feuerbestattung eingetreten ist.

Protestler wollten nicht gegen die Feuerbestattung Stellung nehmen, sie protestieren aber... mit Entrüstung gegen die Art, wie die auch in weiteren nicht-öffentlichen Kreisen hochgehaltene Sitte der Feuerbestattung herabgewürdigt und verächtlich gemacht wird.

Die Kundgebung trägt folgende Unterschriften: Evang.-nat. Arbeiterverein in Leipzig, Arbeitersekretär Zwölpe, - Evang. Bund, Stadtdirektor Pfeiffer, - Kirchlich-soz. Bund, Ortsgruppe Leipzig, Pastor Dr. Böhmke, - Eucharistienverein der Geistlichen Leipzig, D. Cordes - Vereinigung landesrätlicher Frauenverbände, Frau Oberkellner Cordes, - Landesverband für Kriegshinterbliebene, Ortsgruppe Leipzig, Frau Emma Häcker, - Die Vertreterversammlung von 58 evang. Vereinen in Leipzig, Pfarrer Scherf, - Volkshilflicher Kreisbund, Ortsgruppe Leipzig, Professor Schmidt.

Weiter wird nicht berichtet, ob die frommen Dunkelmänner, Frauen und Jungfrauen in seelsüchtiger Prozession vor dem Oberbürgermeister erschienen sind; Herr Veremias würde sich ganz gut als Führer einer solchen Prozession eignen.

Der Terror in der Leipziger U. S. P.

Unter dieser Spitzmarke bringen die Leipziger Neuesten folgende Notiz: Uns wird geschrieben: Welcher Terror in den Kreisen der U.S.P. geübt wird, beweist folgender Fall: Der Arbeiter G., der dieser Partei angehört und mit Mühe und Not seine Familie ernährte, wurde von seinem Verband ausgedrängt, zugunsten des Volkshauses-Wiederaufbau eines wöchentlichen Beitrags von drei Mark zu leisten.

Die Notiz trägt den Stempel der Lüge an der Stirn. Warum wird der Name des terrorisierten Arbeiters nicht genannt? Warum wird nicht einmal der Verband angegeben, dessen Mitglied angeblich der Arbeiter sein soll?

250 Mk. Monatsgehalt für einen gewerblichen Zeichner.

Die geistigen Arbeiter werden meist schlechter bezahlt als die Handarbeiter. Wie elend sie entlohnt werden, geht aus einem Zahlungsbefehl hervor, den ein verheirateter Maschinenzeichner der Firma Stöcker u. Co., Telephon- und Telegraphenwerke in Leipzig-Plagwitz, Wachsmuthstraße, hat zugehen lassen müssen.

Der Gläubiger ist bei der Schuldnerin am 1. August 1919 als Maschinenzeichner gegen einen Gehalt von 250 Mk. in Stellung getreten. Von Februar ab ist für die technischen Beamten, hierunter auch der Gläubiger zu rechnen ist, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, wonach die Zeichner einen Mindestlohn für Februar 650 Mk., für März 695,50 Mk. und für April 715 Mk. fordern können.

Die noble Firma hat Widerspruch erhoben, und nun muß der Angestellte den langwierigen Rechtsweg vor dem Amts- und womöglich auch noch vor dem Landgericht betreten. So verfährt man mit dem geistigen Proletariat, das zum Teil selbst schuld daran ist, weil es viele Jahre sich geweigert hat, Schulter an Schulter mit den Handarbeitern die glücklichere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Unerhört!

Ein Genosse, der Kriegsgeschädigter ist - er hat im Kriege einen Bein- und Lungenschuß erhalten -, war in der Nacht zum Sonntag in Plagwitz als Plakatkleber unserer Partei tätig. Plötzlich sagte ihn ein Schutzmann, der ihm an der einen Hand einen Knebel anlegte und ihn so zur Wache führte, obwohl er sich nicht wehrte.

Polizeidirektor die Beamten anweist, in Zukunft derartige Festsetzungsmethoden bei solchen Anlässen unter allen Umständen zu vermeiden.

Schleichhandelsware im Feinkostgeschäft.

Der Kaufmann Garnath, Geschäftsführer der Firma Lehmann und Leichterling in Leipzig, Brüderrstraße, hatte in den Monaten Februar bis April 1919 wiederholt von Landeuten, die zu ihm in den Laden kamen, größere Mengen Schinken, Butter und Käse unter Verletzung der Verbrauchergesetzvorschriften gekauft und diese Lebensmittel an seine Kundschaft weiterverkauft.

Schleichhandel mit Zucker.

In Dessau waren zwei Eisenbahnwagen mit Zucker verladen worden, die aber in Rötzen abhandeln kamen. Sie wurden über Halle nach Leipzig verfrachtet. Die Schuldigen an diesem Manöver werden sich vor dem Gericht in Halle zu verantworten haben.

Der Verein für Ferienkolonien zu Leipzig

hat, wie er in seinem Jahresbericht konstatiert, im Jahre 1919 trotz der stetig wachsenden Teuerung auf eigene Rechnung in 37 Kolonien 1197 und außerdem im Auftrage des Ortsausschusses „Stadtkinder auf Land“ in 49 Gruppen 1614 erholungsbedürftige Leipziger Kinder - eine bis jetzt noch nie erreichte Zahl - im Alter von 10 bis 14 Jahren in seinen Gebirgs- und Landkolonien untergebracht.

Die Stadt Leipzig hat im vergangenen Jahre dem Verein einen Beitrag von 8900 Mark bewilligt. Das ist für Leipzig eine beachtenswerte niedrige Summe.

Kein Sinken der Arbeitslosigkeit in Leipzig.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit im Mai: Die Zahl der Erwerbslosen hat der ungünstigen Arbeitsmarktlage entsprechend nur eine geringe Abminderung erfahren; sie ist nach der Ende des Monats bei allen Kontrollstellen vorgenommenen Zählung von 11797 auf 11626 gesunken.

männliche Abteilung hätte nahezu 100 besetzte Stellen etc. Auch im Bäcker-, Buchbinder-, Dachdecker-, Fleischer-, Kürschner-, Maler-, Sattler-, Schuhmacher- und Tapezierergewerbe war ein Rückgang der Arbeitsvermittlung festzustellen. In der allgemeinen weiblichen Abteilung und in der Abteilung für Hausangestellte hat sich die Stellenbesetzung etwas gehoben. Der Bedarf an Hausangestellten konnte wiederum bei weitem nicht gedeckt werden. In der Zentrale für Berufsberatung und Arbeitsvermittlung beginnt bereits die Berufsberatung für Bewerberinnen zum nächsten Ostertermin. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach Verordnung des Arbeitsvermittlungskommissars vom 26. April 1920 alle Lehrstellen dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden sind. Nach auswärts wurden 293 männliche und 96 weibliche Arbeitskräfte vermittelt. Die Arbeitsvermittlung für die Landwirtschaft hat sich weiter gehoben. In nächster Zeit wird eine größere Zahl jugendlicher Arbeiter für die Landwirtschaft in Ostpreußen abgefertigt, wofür Anmeldungen entgegengenommen werden.

Elternratswahl der 32. Volkshule. Die Wahl zum Elternrat findet Dienstag, den 29. Juni, abends von 8-9 Uhr, im Lehrerzimmer statt. Vorschlagslisten müssen bis Donnerstag, den 17. Juni, beim Schulleiter eingereicht werden.

Bei der Elternratswahl der 50. Volkshule in Kleinschöcher entfielen auf die Liste der U. S. P. 793 Stimmen (8 Mandate). Die Liste der Vereinigung christlicher Eltern erhielt 358 Stimmen (3 Mandate).

Elternversammlung in der 25. Volkshule (Anger). Heute, abends 7 Uhr, im Schulleiter-Elternversammlung. Bericht des Wahlausschusses Vortrag über Berufswahl (Berw. Hesse und Frz. Müller). Bericht des Elternrates.

Elternratswahl. Für die zweite Volkshule in der Schornhorststraße 15 findet Sonntag, den 13. Juni, von 1 bis 4 Uhr Elternratswahl statt. Zahlreiche Beteiligung ist unbedingt notwendig.

Freibank. Auf Beschluß der Kursteilnehmer werden die beiden letzten Vorträge des Genossen Herre über: Die Entwicklung der Religion am Mittwoch, den 18. Juni, zusammen an einem Abend gehalten. Beginn 7 Uhr. — Sonntag früh Führung im Grassimusium; erste Gruppe 9 Uhr, zweite Gruppe 10 Uhr.

Die Südwarenpreise. Der Verein der Schokoladengeschäfte von Leipzig und Umgegend schreibt uns: Noch immer werden Klagen laut, daß die an und für sich schon hohen Preise für Bonbons und Süßigkeiten von den Händlern überschritten werden. Die im Verein der Schokoladengeschäfte von Leipzig und Umgegend, E. B. zusammengefaßten Süßwarenhandlungen haben nun ein Material zum Ausschlag gebracht, auf welchem die gangbarsten Sorten von Bonbons und Süßigkeiten verzeichnet sind. Sie fordern das laufende Publikum auf, Fälle, in denen die geleisteten Preise überschritten werden, ihnen zwecks Weiterverfolgung zu melden. Nur auf diese Weise können häßliche Auswüchse beseitigt werden.

Knochen- und Kleinfleischmarkt. Freibank I, Nr. 1151-11885 Freibank II, Nr. 6761-7110. Dorfmann, Wächterstraße von 8 Uhr an auf alle Nummern, Wurstverkauf, Preis 8 Mk.

Schlachthof, Schumant II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hauslieferkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 12. Juni.

- Für Haushaltungen.**
Anmeldung, Fleisch: abzugeben Fleischmarken U und Fleischmarkte S für Kriegsgefangene.
Kartoffeln: Letzter Tag — abzugeben G 7/G 7 für 15. bis 21. Juni (für 1 Pfund).
Margarine für Konditoren: Letzter Tag — abzugeben Marken Z 85-88.
Schweinefleisch: abzugeben Landesfettmarkte S (250 Gramm); Fettmarkte 18 für Kriegsgefangene (50 Gramm).
Süßstoff: Letzter Tag — abzugeben 18 E und K der Lebensmittelkarte Reihe O (je eine H-Packung).
Ausgabe. Fett für Gastwirtschaften usw.: Warenentnahme Peterssteinweg 18 auf Marken Z 85-88 Nr. 601 bis 604.
Fleisch: bestellt mit S 1-10 (180 Gramm); S 1-5 (90 Gramm); S 1-5 (125 Gramm); Fleischmarkte 5 für Kriegsgefangene (125 Gramm Gefrierfleisch).

Für Händler.

Marmelade: Warenausgabe in den Lagerstellen.

Pollzeinachrichten.

Ein Kind als Taschendieb. Ein achtjähriges Schulmädchen ist an einem Tage zweimal dabei ertrappt worden, als es Damen aus den weit offenstehenden Mantelkästen Geldbörschen stahl, einmal vor einem Schaufenster eines Kaufhauses und das andere Mal in einem Geschäft in dessen Nähe. In beiden Fällen bemerkten es die Besohlenen zur rechten Zeit und nahmen der kleinen Diebin die Portemonnaies, in denen sich insgesamt gegen 200 Mk. befanden, wieder ab. Man fand bei ihr ein goldenes Kleingeldstück Halbes mit einem runden silbernen Medaillon, dessen eine Seite glatt und graviert die Buchstaben J. S. und 1. 4. 1917 und dessen andere Seite ein Rosenbuteil in Emaille trägt. Das diebische Mädchen hat zugegeben, Kette und Medaillon kurz vor Weihnachten 1919 einer Dame vor dem Schubgeschäft von Nordheimer, Petersstraße, aus der Mantelkassette gestohlen zu haben. Die Bestohlene wolle sich baldigt bei der Kriminalpolizei melden.

Ein selten gemüthlicher Mensch ist der am 21. v. M., wie berichtet, hier festgenommene Doppelraubmörder Fritz Zeuke. Zeuke ist derjenige, der am genannten Tage in der Zweinaundorfer Straße den Schuhmachermeister Hille zu ermorden und zu berauben versucht hat, dabei aber, nachdem er aus dem Laden geflüchtet war, von Passanten festgehalten worden war und dann bei seiner Vernehmung zugegeben hatte, die Eheleute Hüfner in ihrem Heimort Pröbzdorf bei Luda, S.-M., ermordet zu haben. Den Doppelraubmord hatte er begangen, um sich Geldmittel zum Ankauf von Schuhen und eines Anzuges für seine bevorstehende Hochzeit zu beschaffen, hatte aber dabei nur ganze 7 Mk. erlangt. Derselbe Grund hatte ihn dann weiter zu dem Ueberfall auf den Schuhmachermeister Hille veranlaßt. Der Doppelraubmörder hat aber bei seiner kriminalpolizeilichen Vernehmung zugeben müssen, in der Woche 200 Mk. als Grubenknecht verdient zu haben, die er fast vollständig für sich verbraucht hat. Er wohnte in Pröbzdorf mit seiner Mutter und zwei Schwestern zusammen und hat dort nur einen mäßigen Beitrag zum Unterhalt beizusteuern brauchen. Dahingegen rauchte er nach seinem eignen Eingeständnis Tag für Tag nicht weniger als 7-8 Zigarren im Preise von je 1 Mk. bis 1,50 Mk. Bestagt, ob er denn nach der Ermordung des ihm schon seit seiner Jugend bekannten Ehepaars Hüfner keine Gewissensbisse verspürt habe, entgegnete er, daß er sofort nach Verübung der Tat in seinem Bett ruhig eingeschlafen sei und daß er alsobald danach die ganze Sache wieder „vergessen“ gehabt habe!

Sächsische Angelegenheiten.

Die Regierung tritt formell zurück.

Die sächsischen Regierungsparteien sind in eine außerordentlich bedrängte Lage geraten. Ihre Anschauungen sind durch den Gang der Ereignisse völlig desavouiert worden. Das drückt sich bei ihnen in einer totalen Hilflosigkeit aus. Sie wollen nicht eingestehen, daß sie sich durch ihre politische Kurzsichtigkeit veranlagt haben, möchten aber auf der andern Seite auch die von ihnen so oft in allen Con-

arten gepriesene „Demokratie“ — wie sie sie verstehen — wahren. Wenn man das Ergebnis der Reichstagswahlen umrechnet und für einen Abgeordneten 20 000 Stimmen zugrunde legt, dann ergibt sich, daß die bisherigen Regierungsparteien zusammen nur 38 Sitze von 112 einhaben würden. Die beiden Rechtsparteien würden 40 Abgeordnete aufbringen, die sozialistischen Gruppen 62, wobei die U. S. P. mit 29 Mitgliedern an erster Stelle stünde. Bei dieser Sachlage kann sich die heutige Regierung nicht mehr gut auf „demokratische“ Grundsätze berufen und gleichzeitig auf ihren Posten bleiben.

Nachdem sich Rechtssozialisten und Demokraten bereits vorgestern um eine einigermassen nach außen respektabel wirkende Lösung bemüht haben, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, beschäftigte sich gestern der Verfassungsausschuß der Volkstammer mit der durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffenen politischen Lage in Sachsen. Das Ergebnis der Aussprache, die die Möglichkeit unserer politischen Auffassung glänzend bestätigte, ist:

Das Gesamtkabinettsamt wird Ende nächster Woche wahrscheinlich seinen formellen Austritt der Volkstammer anzeigen, aber die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiterführen. Es steht auf dem Standpunkt, daß die jetzige Volkstammer aber noch erst die dringendsten Arbeiten wie Etat, Wahlgesetz, Verfassung und Gemeindesteuergesetz erledigen muß, um die Fortführung der Arbeiten zu ermöglichen. Die Demokraten sind einhellig der Ansicht, daß den durch die Reichswahlen geschaffenen veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden muß, daß also die Demission des Gesamtkabinetts zu erfolgen hat und Neuwahlen stattfinden müssen. Sie schlossen sich der Ansicht an, daß die als notwendigste Arbeiten bezeichneten Vorlagen erledigt werden könnten, wenn, wie wir bereits meldeten, alle Parteien damit einverstanden wären. Die Parteien haben denn in Einzelberatungen Stellung genommen und der vorgefragten formellen Regelung zugestimmt. Von unserer Fraktion wurde dabei erwogen, daß der Etat und das Gemeindesteuergesetz außerordentlich dringend sind, weil die Gemeinden so lange völlig mit ihrer Politik in der Luft hängen, als sie nicht wissen, wie sich ihr finanzielles Verhältnis zum Staat regelt. Hingegen wendete sich unsere Fraktion gegen die unnötige Belastung der alten Kammer mit der Arbeit an der Verfassung. Einmal besteht kein dringender Grund dafür, daß die alte Kammer die Verfassungsfrage endgültig regelt, da die Grundlagen durch die Reichsverfassung und durch das vorläufige Grundgesetz gegeben sind, und zweitens bestehen starke politische Bedenken, daß die Verfassung durch die Vertretung einer numerisch schwachen Volksminorität beraten und verabschiedet wird. Nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen dürfte also die Volkstammer, wie beabsichtigt, bis Mitte Juli tagen und ihre wichtigsten Aufgaben erledigen. Dann dürfte die Auflösung erfolgen. Die Neuwahlen werden voraussichtlich im September stattfinden.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Rechtssozialisten und Demokraten veröffentlichen heute folgende Erklärung:

Die beiden sächsischen Regierungsparteien sind gewiß, die Folgerungen aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung in welche abzuwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtag ungekürzt vorzunehmen ist, sobald die dringendsten Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind. Im Besonderen betrifft die Verfassung, zu deren Erledigung die Kammer gewillt worden ist, und die übernächste Woche zu erwartende Wahlgesetzvorlage, sowie das Landessteuergesetz für die Gemeinden verabschiedet werden.

Aus der Volkstammer.

Die Veränderung der politischen Machtverhältnisse übt ihre Wirkung auch auf die Sitzungen der Volkstammer aus, deren gestrige Sitzung bereits recht temperamentvoll verlief. Das mag zum Teil daran liegen, daß wieder einmal einige Vorlagen auf der Tagesordnung standen, bei denen das Interesse der kirchlichen Organisationen berührt wurde. Zum überwiegenden Teile ist es aber auf die Zustimmung der politischen Situation zurückzuführen. Der „Mitt“ der Rechtsparteien, die nach dem mißglückten Rapp-Butsch sehr gedrückert waren, wächst in dem gleichen Maße, wie die Hilflosigkeit der Koalitionsparteien. Der deutschnationalen Kirchenfanatiker Dr. Kendorff trat noch um einige Nuancen provozierender auf als sonst, und sein weniger ernst zu nehmender Fraktionsfreund Dr. Wagner versuchte es, ihm gleich zu tun. Bei den Rechtssozialisten sieht die in Meissen unterlegene Chemnitzer Richtung zur Abwechslung wieder einmal oben auf. Herr Rißke, der in den letzten Wochen das große Wort führte und seine Partei in eine getadelt zu blamable Situation hineingeritten hat, ist verstimmt. Fellsch, der die Partei gestern vertrat, fand recht radikale Töne gegen rechts. Seine Ausführungen waren auch besonders deswegen interessant, weil er zugab, daß seine Partei bei der Koalition im Reiche der leidende Teil insofern war, als sie sich von den bürgerlichen Parteien, namentlich vom Zentrum, hat überdöpseln und von ihren Grundfragen abdrängen lassen. Er entschuldigt das mit der „Zwangslage“, in der sich seine Partei befunden habe, eine Behauptung, die sich wohl, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, gegen die U. S. P. richten sollte, aber schon deswegen daneben trifft, weil wir den Regierungsozialisten von vornherein gezeigt haben, wohin ihre Politik letzten Endes führen muß.

Auf der Tagesordnung stand gestern zunächst das Gesetz über das religiöse Erziehungsrecht, das von der Regierung bereits verändert und gegen den ersten Entwurf zum Teil verschlechtert worden ist. Kein Wunder, wenn Herr Dr. Kendorff und der Demokrat Dr. Barge „hocherfreut“ ihre Zustimmung erklärten. Genosse Müller erklärte, daß unsere Fraktion der Verbesserung des § 1, durch den die Rechte der Vertreter des Vaters gleichgestellt werden, zustimmt, ohne sich die Beweggründe der bürgerlichen Parteien zu eigen zu machen, die hoffen, mit Hilfe der Unausgeglichenheit der Frauen bessere Geschäfte für die Kirche machen zu können. Dagegen wandte sich unser Redner gegen die im nächsten Paragraphen enthaltenen Verschlechterungen. Im ersten Entwurf hatte die Regierung entsprechend dem Grundsatz: Trennung zwischen Kirche und Staat, darauf verzichtet, in die Vertragsfreiheit zwischen Erziehungsberechtigten und Religionsgemeinschaften einzugreifen. In der endgültigen Vorlage aber war dieser vernünftige Standpunkt verlassen. Der § 2 brachte nicht nur formelle Vorschriften für derartige Verträge, sondern in § 3 wurden auch die alten, auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1836 bestehenden Verträge noch als bindend anerkannt, obwohl die Grundlage der Verträge, nämlich das

Gesetz von 1836, formell aufgehoben ist. Diese Verschlechterungen lehnte unsere Fraktion ab. Das Gesetz wurde mit Mehrheit angenommen.

Zu einer recht lebhaften und zum Teil erregten Debatte kam es bei Beratung der Vorlage über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die dem Staate die Pflicht zuweisen will, als Steuerbühnen für die Religionsgesellschaften zu wirken. Die Rechtsparteien, und mit ihnen die Demokraten, traten sehr warm für die Vorlage ein, und hatten es so eilig, daß sie am liebsten gleich die Schlußberatung vorgenommen hätten, da die Kirche sich in einer „dringenden Notlage“ befinde. Dabei machten sie einige Seitenhiebe gegen die „neue Steuerpolitik“, an deren Stelle sie lieber eine organische Entwicklung der Steuerpolitik gesehen hätten. Und schließlich griffen sie zu dem Mittel, das sie schon immer als letzten Trumpf gegen jeden Fortschritt ausgespielt, zur neuen Reichsverfassung.

Fellsch von den Rechtssozialisten fertigte das „Steuerfreudige“ und „verfassungstreue“ Bürgertum in nicht ungeschickter Weise ab. Er sagte den Herren von rechts, daß sich hinter ihrer Phrase von der „organischen Entwicklung“ der Steuerpolitik nichts anderes verberge als der Wunsch, zu den ungeheuren Gut- und Blutopfern der ärmeren Volksmasse auch noch die finanziellen Opfer für den Krieg reiflos aufzubürden. Weiter verwahrte er sich dagegen, daß seine Partei in Kulturfragen auf dem Boden der jetzigen Reichsverfassung gestanden habe. Diese Reichsverfassung sei nur zustande gekommen, weil dem Zentrum Zugeständnisse gemacht werden mußten, das diese Situation benutzte, um seine kulturfeindlichen Wünsche gegen den Willen der Volksmehrheit durchzusetzen. Dieses Geständnis wird man sich erinnern müssen, wenn die Rechtssozialisten wieder einmal in Flugblättern mit Stolz darauf hinweisen, daß sie im Reiche eine Verfassung geschaffen haben.

Genosse Rissei kennzeichnete das Gebaren der bürgerlichen Parteien, die sich völlig unter das Joch des sonst von ihnen bekämpften Zentrums beugen, um politische Geschäfte zu machen, und lehnte es grundsätzlich ab, den Staat resp. die Gemeinden zum Steuereintreiber für die Religionsgesellschaften zu machen. Die Kirche könne von ihren Mitgliedern soviele Steuern erheben, wie sie wolle. Aber sie solle sich dazu selbst Einkassierer anstellen und nicht die von der Allgemeinheit bezahlten Beamten benutzen wollen. Die Kirche mache auf der einen Seite dem Staate das Recht streitig, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern — der Verfügung des Kultusministeriums, die Kirchenämtern einen Kriegsbefehl in Macht zu geben, ist von der Kirche nicht entprochen —, auf der andern Seite verlange sie die staatliche Hilfe. Weiter wies unser Redner auf die Gefahren des kirchlichen Verbundes und die Haltung der evangelischen Geistlichen hin, die die Gemeinden teilweise veranlaßt haben, die Eintreibung der Kirchensteuern zu verweigern.

Nach weiterer belangloser Debatte wurde die Vorlage auf Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen an den Rechtsausschuß verwiesen.

Obstlegen — Obstweide.

Im Straßen- und Wasserbauamt Leipzig wird uns zu unserer Notiz vom 6. Juni folgendes mitgeteilt: In diesem Jahre gibt es allerdings keine Obstpreise für Obst. Um jedoch zu verhindern, daß die Kirchen an den Staatsstraßen zu unberechtigten Preisen von den Obstpächtern veräußert werden, sind die Obstpächter verpflichtet worden, die Kirchen an Kommunalverbände abzuliefern. Nur soweit die Pachtsumme weniger als 1000 Mk. im Bezirk einer Amtshauptmannschaft beträgt, sind die Kirchen frei. Dieser Fall ist jedoch im Leipziger Bezirke nur dreimal vorgekommen. Die Kommunalverbände haben mit den Obstpächtern Verträge abgeschlossen, wonach die Kirchen zu einem Preise von 100 Mk. für den Zentner frei Eisenbahnstation abgenommen werden. Hiernach ist leicht zu berechnen, daß die Preise, die von den Obstpächtern an den Staat gezahlt werden, etwa 50 Mk. für den Zentner betragen können. Im vorigen Jahre, als Obstpreise vorgeschrieben waren, wurden 35 Mk. für den Zentner gezahlt.

Die Kirchen an den einzelnen Straßenstrassen sind durchaus nicht den Weidbüchsen verkauft worden. Von einer Versteigerung wurde — wie schon seit dem Jahre 1915 — überhaupt abgesehen; es wurden vielmehr durch öffentliche Bekanntmachung schriftliche Angebote von berufsmäßigen Obstpächtern gefordert. Von diesen Angeboten wurden nur diejenigen berücksichtigt, die der abgesetzten Obstmenge und dem Grundpreise von 50 Mk. für den Zentner entsprachen. Höhere Angebote wurden abgelehnt oder ermäßigt. Berufsmäßige Obstpächter wurden verlangt, weil während des Krieges, als man keine besonderen Anforderungen an die Pächter stellte, die Bäume unter unsachgemäßer Behandlung außerordentlich gelitten hatten. Im letzten Friedensjahre wurden für die Kirchen im Leipziger Bezirk 48 144 Mk. erzielt, in diesem Jahre 381 020 Mk., also nicht das zwanzig- oder dreißig- oder gar fünfzigfache, sondern das 7,7fache. Im vorigen Jahre wurden 191 085 Mk. erzielt, in diesem Jahre also nicht das acht- oder zehnfache, sondern das 1,7fache. Seit dem vorigen Jahre haben sich die Kosten für die Unterhaltung der Baumpflanzungen an den Staatsstraßen mehr als verdoppelt.

Der Artikelschreiber ist der Meinung, daß die Kirchenübergaben an den Staatsstraßen den Ausschlag geben. Zur Veranschaulichung dieses weitverbreiteten Irrtums mag bemerkt werden, daß die Kirchenernie an den Staatsstraßen etwa zwei v. H. der Kirchenernie im Preisloft Sachsen beträgt.

Hierzu ist zu bemerken, daß wir durchaus nicht nur die Verhältnisse im Bezirk Leipzig und auch nicht nur die Kirchenübergaben an den Staatsstraßen im Auge hatten. Die Zahlenangaben entstammen der Dresdner Volkszeitung. Im übrigen behält die Statistik völlig unsere Darlegung, daß nämlich keinerlei Gewähr besteht, daß das Volk billige Kirchen erhält. Und darauf kommt es an.

So kostet in Leipzig das Pfund Kirchen 2,50 bis 3 Mk., sie werden höchstwahrscheinlich auch durch die Bezirke mit den Obstpächtern nicht auf einen vernünftigen Preis herabgehen. Was sagt aber das Amt dazu? Außer dem wird durch das Schreiben unsere Darlegung nur bestätigt, daß der Staat die für die Volksernährung wichtigen Obstmengen der privaten Ausbeutung auch weiterhin überläßt.

Die beleidigten Koslegarben.

Ein merkwürdiger Beleidigungsprojekt fand vor dem sächsischen Oberlandesgericht seinen Abschluß. Der Kaufmannslehrling Haubner und der Tabakarbeiter Petermann haben vom Amtsgericht Dresden je einen Strafbefehl über 30 Mark Geldbuße wegen Beleidigung erhalten, weil sie am 24. Juli 1919 Mitglieder einer bewaffneten Nacht, während sie in Ausübung ihres Berufs begriffen waren, beleidigt haben sollten. Ihr Einspruch wurde vom Schöffengericht verworfen.

Nach den gerichtlichen Feststellungen haben die Angeklagten im Vorübergehen an einem Doppelposten der 4. Kompanie des Grenadier-Regiments Nr. 110 laut „Kosel! Wann geht Ihr Soldaten denn die Arbeit ein!“ gerufen, daß es einer der Soldaten hörte. Die Angeklagten dagegen wollten sich beim Vorübergehen an dem Doppelposten über einen Vortrag unterhalten haben, der kurz vorher von der sozialistischen Jugend im Künstlerhaufe gehalten worden sei. In diesem sei davon die Rede gewesen, daß

Als Reichswehrtruppen als Kosketruppen bezeichnet werden und weiter über das Herweghische Lied: Warum stellt ihr, o ihr Soldaten, die Arbeit nicht ein? gesprochen worden. Direkt an die Soldaten hätten sie sich überhaupt nicht gewendet. Sie gehörten der mehrheitlich sozialistischen Partei an und schon daraus ergäbe sich, daß sie nicht in Beleidigungsabsicht gehandelt hätten. Das Schöffengericht hat die Angeklagten für überführt angesehen. Ihr Vorbringen sei überaus unwahrscheinlich. Die Angeklagten seien auf der gegenüberliegenden Straßenseite gegangen und es sei anzunehmen, daß die Soldaten überhaupt nichts gehört hätten, wenn sie sich harmlos unterhalten hätten. Die Soldaten hätten den Eindruck gehabt, daß die Angeklagten sie verhöhn wollten. Die Bezeichnung der Grenzläufer mit Kosketruppen enthalte eine grobe Beleidigung, nämlich die Behauptung, daß sie nicht für das Wohl der Allgemeinheit des Reiches, sondern dazu bestimmt seien, selbstsüchtige Ziele eines Einzelnen zu erfüllen.

Das Landgericht Dresden als Berufungsinstanz hat die Verurteilung genehmigt und begründend ausgeführt, die Darstellung der Angeklagten, sich mißbilligend über die allgemein verbreitete Bezeichnung der Soldaten mit „Kosketruppen“ und andere Beleidigungen ausgesprochen und das in Zusammenhang mit dem Vers aus dem Herweghischen Liede getan zu haben, sei als nachträglich erdachte Verteidigung anzusehen, um die wirkliche Absicht ihrer Äußerungen umzudeuten. Die von der Verteidigung geltend gemachten Umstände, daß die Angeklagten damals noch in einer Jugendgruppe Teilnehmer waren (sie zählten 17 bzw. 18 Jahre) und Petermann noch nicht der mehrheitlich sozialistischen Partei angehört, sowie daß diese Partei, der Koske selbst angehört, die Verhöhnung der Truppen unter dessen Namen nicht billigt, schließe im gegebenen Falle eine Unberedetheit, aber doch vorläufige Ausschüttung junger Leute nicht aus. Die Angeklagten waren nicht ohne Kenntnisse von den politischen Verhältnissen. Es sei nicht anzunehmen, daß sie gerade in der Nähe der Posten ein lautes Gespräch bezant befangen geführt hätten, wie sie behaupten, daß Petermann noch gesagt haben soll: Sie wollten nicht so laut werden, die Posten könnten sich beleidigt fühlen. Wahrscheinlich sei vielmehr, daß ihre Äußerungen zu Gehör der Posten kommen sollten und das Wort „Koske“ mit irgendeinem Zusatz absichtlich gesagt und nur zum Teil verstanden worden ist.

Aber auch ohne eine derartige Hinzufügung wäre der Jura des Wortes „Koske“ eine vorläufige und rechtswidrige und zur Ehrenkränkung bestimmte Verhöhnung der Soldaten. Das Militär unter der Obergewalt Koskes galt nach der allgemeinen und gegebenen Meinung urteilsloser oder politisch gegnerischer Menge als willenloses Werkzeug für Unterdrückung freier Betätigung angeblich politischer Freiheiten und sein gelegentliches Eingreifen bei öffentlichen Unruhen als willkürliche und rechtswidrige Gewaltanwendung gegen das Volk und die Arbeiterklasse. Die so Gefährten gaben ihrer Verachtung wegen der Zugehörigkeit zum Militär Ausdruck, indem sie zu dem Namen des Befehlshabers einen diese Verachtung bestehenden Zusatz machten, der die ehrlöse Unterwürfigkeit kennzeichnen sollte. In diesem Sinne sei sowohl die zusammengesetzte als die einfache mit „Koske“ gebildete derartige Benennung eines Soldaten eine in Beziehung auf dessen Beruf begangene Ehrenkränkung.

Mit der Revision der Angeklagten wurde die Freisprechung bzw. Zurückverweisung der Sache an eine andere Strafkammer erstrebt. Die erkennende Strafkammer sei aus politischen Gründen gegen die Angeklagten voreingenommen gewesen. Der Jura „Koske“ sei inhaltlich vollständig abgelehnt. Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel kostenpflichtig verworfen. Daß der Jura „Koske“ eine Ehrenkränkung enthalte, könne, sei außerzweifeln. Das Landgericht sei auf Grund tatsächlicher Feststellungen dazu gelangt, in diesem Jura eine Beleidigung zu erkennen. An diese tatsächlichen Feststellungen sei aber der Strafsenat als Revisionsinstanz gebunden.

Neue Amtshauptleute.

Die Regierung hat für den Vollen eines Amtshauptmanns in Dresden den Rechtssozialisten Dr. Lempe, für Jeff Wälgert, welcher in Wismar, und als Amtshauptmann für Chemnitz den Rechtssozialisten Dr. Martus, zur Zeit Stadtrat in Chemnitz, berufen.

Steuervergünstigungen für Kleinrentner.

Das Finanzministerium hat dem Verein der Klein- und Mittelrentner auf seine Eingabe vom 13. Mai d. J. bez. die Steuererleichterung für Kleinrentner folgende Schreiben zugesandt: „Das Finanzministerium hat die ihm nachgeordneten Steuerbehörden entsprechend seiner der Volkskammer gegebenen Zusicherung besonders angelesen, bei den Steuerpflichtigen, deren Einkommen nachweisbar weniger als 6000 Mk. beträgt oder deren Einkommen sich seit 1918 erheblich verringert hat, im Falle des Bedürfnisses von dem Rechte des Verlasses oder der Ermäßigung der Steuer auf den 3. Termin 1919 weitestgehenden Gebrauch zu machen. Hiernach haben die Steuerbehörden die Pflicht, die von Klein- und Mittelrentnern eingereichten Erlagsgesuche auf das vorliegende Bedürfnis hin mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und bei Befragung des Bedürfnisses entsprechenden Steuererleichterung zu gewähren. Soweit einzelne Gesuchsteller glauben, daß ihrer Bedürftigkeit von der Steuerbehörde nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden ist, muß ihnen überlassen bleiben, nach Befinden mit einem erneuten Gesuche beim Finanzministerium vorzutreten zu werden. Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens wird ersucht, seinen Mitgliedern von diesen Ausführungen Kenntnis zu geben. Wegen des gleichzeitig nachgeschickten Erlasses von Gemeindefiskusrentnern ist eine Abschrift der Eingabe dem zuständigen Ministerium des Innern mitgeteilt worden.“

Wärenkeim bei Annaberg. Von einem tschechischen Poeten angegriffen wurde ein 12jähriges Schulmädchen. Es hatte, um Eier nach Sachsen zu schmuggeln, den Grenzbach durchwaten und befand sich bereits auf tschechischem Boden, als ein tschechischer Poet auf größere Entfernung einen Schuß abgab, der das rechte Bein des Kindes durchschlug und das linke krenzte.

Annaberg. Vom Turm der St.-Annenkirche stritzten sich zwei junge Weiperier Mädchen im Alter von 17 und 20 Jahren. Beide Körper schlugen mit schmerzlichem Anprall, der den sofortigen Tod herbeiführte, dicht vor der Eingangsöffnung zum Turmaufgang auf. Die Tat ist planmäßig vorbereitet worden. Unter anderem haben die beiden Weiperierinnen zuvor ihre Schmuckstücke Fremdblinnen zur Aufbewahrung übergeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Stellung der Gewerkschaften in Sowjet-Russland.

Resolution des zweiten russischen Gewerkschaftskongresses vom 10. bis 25. Januar 1919.

II. (Schluß.)

Das Jahr politischer und ökonomischer Diktatur des Proletariats hat den Wuchs der proletarischen Weltrevolution, die Möglichkeit der Stellung des ersten allrussischen Kongresses der gewerkschaftlichen Organisationen, welcher das Schicksal des ökonomisch organisierten Proletariats unwiderruflich mit dem Schicksal der Arbeiter- und Bauernherrschaft verknüpfte, völlig bewiesen.

Der Versuch, unter der Fahne der „Einheit“ und „Unabhängigkeit“ der gewerkschaftlichen Bewegung das ökonomisch organisierte Proletariat den Organen seiner politischen Klassendiktatur entgegenzustellen, führte die Gruppen, welche diese Lösung unterstülzten, zum offenen Kampfe gegen die Rätemacht und stellte sie außerhalb der Reihen der Arbeiterklasse.

Während des Prozesses der gemeinsamen praktischen Arbeit mit der Sowjetmacht für die Stärkung und Organisation der Volkswirtschaft gingen die Gewerkschaftsorganisationen von der Kontrolle über die Produktion zur Organisation derselben über, indem sie sowohl an der Leitung der einzelnen Betriebe wie an dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes aktiv teilnahmen.

Während der Aufgabe der Sozialisierung aller Produktionsmittel und der Organisation der Gesellschaft nach neuen sozialistischen Grundgesetzen fordernde, energische Arbeit mit dem Umbau des ganzen gesellschaftlichen Apparates, die Schaffung neuer Organe für die Statistik, Kontrolle und Regulierung der ganzen Produktion und Konsumtion, welche Organe auf der organisierten Selbsttätigkeit der selbst-interessierten breiten Massen der Arbeiterklasse beruht.

Dieses schreibt den gewerkschaftlichen Organisationen eine energischere Teilnahme an der Tätigkeit der Sowjetmacht vor. Zum Beispiel: mittels der unmittelbaren Arbeit in allen staatlichen Organen der proletarischen Massenkontrolle über die Tätigkeit der staatlichen Organe, die Ausführung einzelner Aufgaben der Sowjetmacht durch die Organisationen. Ferner Mitarbeit bei der Umorganisation verschiedener staatlicher Einrichtungen und deren allmählichen Ersatz durch ihre Organisationen, auf dem Wege der Vereinigung der Verbandsorgane mit den Organen der Staatsgewalt.

Es würde indessen ein Fehler sein, auf dem gegebenen Stadium der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen und der Gewerkschaftsbewegung bei unzureichend ausgearbeiteten Organisationen so wohl die unmittelbare Umwandlung der Verbände in Organe der staatlichen Gewalt und ihre Vereinigung mit solchen, als auch die eigenmächtige Aneignung der Funktionen der staatlichen Organe seitens der Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen.

Der ganze Prozeß der vollständigen Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen mit den Organen der staatlichen Gewalt (der sogenannte Prozeß der Verstaatlichung) muß sich als ein unvermeidliches Resultat der gemeinsamen und übereinstimmenden Tätigkeit und der Vorbereitung der breiten Massen durch die gewerkschaftliche Organisation auf die Leitung der staatlichen Verwaltung und aller wirtschaftlichen regulierenden Organe ergeben.

Dies stellt seinerseits den Organisationen die Aufgabe der Zusammenführung auch der unorganisierten proletarischen und halb-proletarischen breiten Massen in starken Instruktororganisationen, Ferner deren Einengleichen unter die Kontrolle der proletarischen Organisationen in die sozialistische Verwaltung und die allgemeine Arbeit mit der Kräftigung ihrer Organisationen im Sinne der Zentralisation und Entwicklung ihrer Organisationsverwaltung sowie der Kräftigung der gewerkschaftlichen Disziplin.

Indem die Gewerkschaftsorganisationen an allen Gebieten der Sowjetverwaltung teilnehmen und sich selbst staatliche Organe formieren, müssen sie mittels ihrer Tätigkeit, durch Einengleichen in dieselbe sowohl ihrer Organisationen wie der breiten Massen der Arbeiter, dieselben zur Verwaltung nicht nur der Industrie, sondern des ganzen Staatsorganismus erziehen und vorbereiten.

Rückblick.

Von der Novemberrevolution bis auf den heutigen Tag sind bereits zwei und ein halbes Jahr vergangen. Diese 20 Monate sind für das russische Proletariat und für die gewerkschaftlichen Organisationen eine Zeit des verzweifeltsten Kampfes gewesen. Wir hatten gegen uns nicht nur den heiligen Bund der russischen Gegenrevolutionäre, sondern eine mächtige Koalition des internationalen Weltkapitals. Die Imperialisten aller Länder begünstigten sich nicht mit bloßer materieller Unterstützung der Gegenrevolution, sondern England, Frankreich, Amerika, Japan und andere Länder sandten gegen uns bewaffnete Truppen. Die kleinen Nationen wurden besonders gegen uns aufgebracht. Geheißt durch einen vierjährigen imperialistischen Krieg, mußten wir uns neue zu den Massen greifen.

Wir haben eine ungeheure schwierige Zeit durchlebt. Unsere Feinde haben uns von den Gebieten der Lebensmittelerzeugung, Brennstoffmaterial und Rohstoffe abgeschnitten. Der Hunger und die Krankheiten rafften auch jetzt viele Menschen dahin. Aber trotz aller Schwierigkeiten spannten wir unsere Kräfte, schlugen alle unsere Feinde und nur jetzt, am dritten Jahre der proletarischen Revolution sind wir imstande, uns mit der Arbeit unserer häuslichen wirtschaftlichen Lebens zu beschäftigen. Aber sogar in diesen Kampfjahren, wo wir genötigt waren, unser Bestes und alles auf den Krieg gegen die Konterrevolutionäre zu verwenden, gelang es uns jedoch, eine ungeheure Organisationsleistung auf wirtschaftlichem Gebiet zu leisten. Nun können wir stolz sagen, daß wir die ganze Wirtschaft übernommen und Verwaltungsorgane für dieselbe geschaffen haben. Der Privatbesitz der Produktionsmittel ist abgeschafft, die Grundstücke der Gutsherren und des Adels sind nationalisiert, Fabriken, Gruben, Schächte und Werkstätten, die ganze Handelsflotte sind von den Kapitalisten expropriert. Aus der kapitalistischen Anarchie und den konkurrierenden Wirtschaften schufen wir eine einzige Volkswirtschaft.

In zwei Jahren sind 4000 Betriebe und 16 000 Schiffe (Fluß- und Seeschiffe) von der Regierung nationalisiert worden; ferner 60 000 000 Desjatinen Boden der Gutsherren und privaten Besitzer. Die Unternehmungen sind in 90 sogenannten „Trusts“ vereinigt. 4000 Fabrikleitungen sind organisiert sowie viele verschiedene Organe für die Vorbereitung und Förderung von Rohstoffen.

Bei all dieser Tätigkeit spielen die Gewerkschaftsorganisationen eine hervorragende Rolle. Sie nehmen an der Leitung der ganzen Volkswirtschaft von unten bis oben teil. Das allerhöchste Organ, das Präsidium des obersten Rates der Volkswirtschaft, wird in Übereinstimmung mit dem allrussischen Zentralrat der Gewerkschaftsorganisationen ernannt und besetzt. Die Organisation dieses oder jenes Zweiges der Industrie wird mit der aktiven Teilnahme seitens des Verbandes der betreffenden Industrie ausgearbeitet. Der oberste Rat der Volkswirtschaft ist in Produktionsabteilungen eingeteilt, welche mit seltenen Ausnahmen ganz mit den Industrieorganisationen der Arbeiterklasse zusammenfallen. An der Spitze einer Abteilung steht die kollegiale Verwaltung, deren Vorsitzender als verantwortlicher Geschäftsführer fungiert. Die Verwaltungen (Vorstände) bilden sich nach Übereinstimmung zwischen dem Vorstand des obersten Rates der Volkswirtschaft und dem Vorstand des Zentralkomitees der betreffenden Industrieorganisation, zum größten Teil aus Mitgliedern und Kandidaten der Gewerkschaftsorganisationen. Unsere Gewerkschaftsbewegung betrachtet wir nur als die eine Seite, als einen Teil in der sozialistischen Bewegung im internationalen Maßstab, die nur vereint mit der politischen Bewegung ein einziges Ganzes bildet.

Die Verwaltungen der Fabriken oder Fabrikgruppen („Trusts“) bilden sich auch nach dem obengenannten Grundsatze. Die Abteilungen des allrussischen Volkswirtschaftsrates treffen in jedem konkreten Fall mit den Gewerkschaftsorganisationen eine Vereinbarung. Bei der Organisation der Verwaltung eines Trusts wird eine Konferenz der Vertreter der Fabrikverwaltungen und Fabrikkomitees zusammenberufen. Diese Konferenzen entstehen und werden organisiert unter aktiver Teilnahme seitens der gewerkschaftlichen Organisationen. Anerkennend der Tatsache, daß die Verbände allein eine lebendige Kraft und eine bewußte Leitung geben können, verlaufen die Konferenzen außerordentlich sachlich und einmütig. Die Kandidaturen für die zentralen oder lokalen Vorstände werden sowohl in der Leitung als in dem Plenum der Konferenzen eingehend besprochen.

Die innere Einrichtung der Werkstätten, die Durchführung der Arbeiterausbildung, die Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin, in einem Worte: alles, was die lokale, nicht wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe betrifft, ist in den Händen des Arbeiterkomitees konzentriert, das von sämtlichen Arbeitern eines gegebenen Betriebes gewählt wird, die Anzahl der Mitglieder richtet sich nach der Größe des betreffenden Betriebes. Das gewählte Fabrikkomitee ist ein verantwortliches Organ der Gewerkschaftsorganisation am betreffenden Orte und nimmt durch seine Vertreter an den periodisch einberufenen Beratungen an der Verwaltung aller Angelegenheiten des Verbandes teil. Das Arbeiterkomitee einer Fabrik oder Werkstätte wird in dieser Weise die Grundbasis der Industrieorganisation. Die Teilnahme der industriellen Arbeiterorganisationen an dem sozialistischen Aufbau begrenzt sich nicht auf das wirtschaftliche Ge-

biet, sondern erstreckt sich, wie bereits oben erwähnt ist, auf das militärische und andere Gebiete. Die Verbände nehmen durch ihre Vertreter an der Organisation der kulturellen und aufklärenden Tätigkeit der Arbeiterpublik teil. Die gewerbliche und technische Ausbildung liegt vollständig in ihren Händen. Das Volkswirtschaftsamt der Arbeit, das Staatsorgan für die Regulierung der Arbeiterfragen, ist von unten bis oben unmittelbar mit der Gewerkschaftsorganisation verbunden.

Wir werden auf die vorstehenden Beschlüsse und das Meinere noch zurückkommen.

Für heute sei nur folgendes hervorgehoben: Die russischen Gewerkschaften stehen auf revolutionärem Kampfboden. Das ist die erste Vorbedingung für die zu erfüllenden Aufgaben. Dann aber fällt den russischen Gewerkschaften die Aufgabe zu, Träger des Aufbaues einer sozialistischen Volkswirtschaft zu sein. Den Gewerkschaften ist die hervorragende Rolle und der ausschlaggebende Einfluß im Sozialisierungsprozeß (Nationalisierung der Betriebe usw.) übertragen worden. Und die Fabrikkomitees (Betriebsräte) sind in Russland verantwortliche Organe der Gewerkschaftsorganisationen. Dieses in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Betriebsrätezentrale in Deutschland festzuhalten, erscheint uns durchaus am Platze.

Lohnbewegung der Leipziger Tabakarbeiter.

In einer stark besuchten Versammlung nahmen die Leipziger Tabakarbeiter Stellung zur Ablehnung der geforderten Teuerungszulage durch die Fabrikantenorganisationen. Der Gauleiter teilte mit, daß sich die drei Tabakarbeiterverbände mit der Ablehnung nicht zufriedengeben, sondern sich an das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung gewendet haben. Die Versammlung beschloß angesichts der bedrohlichen Notlage der Tabakarbeiter am Orte, ohne Rücksicht auf den Ausgang dieser Vermittlungsaktion die Justizstellenverwaltung zu beauftragen, sofort bei den Leipziger Unternehmern eine Erhöhung der Brot- und Kartoffelzulagen von 1,50 Mk. resp. 5 Mk. pro Woche auf 20 Mk. pro Kopf und Woche zu fordern, rückwirkend ab 1. April 1920 für die versorgungsberechtigte Person.

Diese Forderung ist bereits jedem einzelnen Zigarrenfabrikanten zugestellt worden, und es liegt nun an den Funktionen und Betriebsräten, sowie an jedem einzelnen Mitgliede, dafür zu sorgen, daß unsere gerechte Forderung überall erfüllt wird.

Deutscher Tabakarbeiterverband.
Zahlstelle Leipzig, Gerberstraße 1, Zimmer 48.

Widerstrebende Unternehmer im Leipziger Steinsehergewerbe.

In der am 8. Juni im Volkshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Steinseher nahmen die Steinseher erneut Stellung zur Gewährung einer Teuerungszulage, wie sie im Baubetriebe bereits seit Anfang April gezahlt wird. Der dahingehende Antrag an die Unternehmerorganisation wurde von dieser abgelehnt, eine daraufhin vom Verband beantragte Sitzung der Schlichtungskommission wurde von den Unternehmern einfach nicht besucht. Daraufhin wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuß Leipzig anrufen. Zu der am Freitag, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, angesetzten Sitzung des Schlichtungsausschusses waren die Unternehmer aber wieder nicht erschienen. Dieses Verhalten wurde von der Versammlung aufs schärfste verurteilt und beschlossen, die einzelnen Unternehmer vor dem Gewerbegericht auf Nachzahlung der Teuerungszulage zu verklagen, da sich die Unternehmer dem Anfang April gefällten Schiedsspruch nicht fügen, monach bis zum Inkrafttreten des Reichsarbeitsrecht im Baubetrieb bestehende Lohn mit allen Zulagen zu zahlen ist. Alle Mitglieder des Steinseherverbandes sind verpflichtet, umgehend im Bureau dem Vorsitzenden der Zahlstelle Leipzig Vollmacht zu erteilen, gegen die einzelnen Unternehmer die Klage einzureichen. Es muß den Herren Unternehmern gezeigt werden, daß sie auch den Arbeitern gegenüber verpflichtet sind, einen Vertrag zu erfüllen.

Aus den Leipziger Gewerkschaften. Die Steinseher beschlossen zum Wiederaufbau des Volkshauses, daß der Vorstand eine Skala aufstellt, monach die Kollegen entsprechend ihrem Einkommen zur Zahlung herangezogen werden, da der Beschluß auf Abführung eines Tagelohnes für die Kollegen, welche kaum in Arbeit getreten sind, gegenüber denjenigen, welche dauernd arbeiten, eine Härte darstellt. Als Mitglied zum Verbandsbeirat wurde Kollege Rohlfardt, in die Schlichtungskommission die Kollegen Erbe, Reich und Hoyer gewählt.

Berichtsaal.

Landgericht.

Das Eisenbahnunglück auf der Strecke Mügeln-Döbeln.

Am 18. November v. J. herrschte starkes Schneetreiben. Auf der einseitigen Schmalpurbahn war der Personenzug 6760 in Mügeln mit wenigen Minuten Verspätung in der Richtung nach Döbeln abgefahren und hatte fahrplanmäßig auf dem Bahnhof Töllschütz gehalten. Der entgegenkommende Güterzug sollte vorfahrtsmäßig vor der Weiche halten, um den Personenzug durchzulassen. Wegen Versagens der vereinten Bremsen konnte jedoch der Güterzug nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Um der nun drohenden Gefahr auszuweichen, stellte der Lokomotivführer des Personenzuges den Steuerhebel zur Rückfahrt, der auffahrende Güterzug gab einen Anstoß, und nun fuhr der Personenzug das starke Gefälle mit zunehmender Geschwindigkeit hinab, nachdem Lokomotivführer und Heizer von der Maschine abgesprungen waren. In der Brücke inmitten einer starken Kurve entgleiste der Zug, und die Lokomotive und Wagen fielen die Brücke hinab, wobei mehrere Wagen zertrümmert, fünf Personen getötet, sechzehn schwer und acht leicht verletzt wurden. Die Strecke war einige Tage unpassierbar.

Dieses Unglück fabrikmäßig verschuldet zu haben, wurde dem Führerpersonal des Personenzuges, dem Referatlokomotivführer Bruno Artur Arnold und dem Hilfsfeuermann Karl Friedrich Kraus zur Last gelegt. Arnold ist 34 Jahre alt, hat 1917 seine Prüfung abgelegt und befährt die Strecke seit fünf Wochen. Er habe im kritischen Augenblicke nicht recht gewußt, was er tun solle, habe aber dann seinen Zug zurückgebrückt und Vorposten getroffen, daß der Zug in seiner Gewalt blieb. Er sei aber von dem Führerpersonal abgetrennt, dann sei er dem davonrollenden Zuge nachgelaufen, ohne ihn zu ertappen. — Kraus ist 36 Jahre alt und seit 1909 im Eisenbahndienste. Nach dem Vorfall sei er auf Veranlassung Arnolds auf der Beisehrte heruntergeprungen und habe den Zug nicht wieder einholen können. — Nach Vernehmung von 9 Zeugen und 3 Sachverständigen wurde das Urteil gefällt. Arnold erhielt neun Monate und Kraus drei Monate Gefängnis.

Besondere Quittung

Für Wappelpulver zur Reichstagswahl, gesammelt von der Arbeiterkassette der Firma Schelter & Giesecke in Leipzig auf Liste 343—347, 361—370, 391—400, 5282—5284, 5289—5292, 5297—5299, 5300 bis 5302, 5306—5307, 5312—5314. Gesamtsumme: 2344,55 Mk.

Schrörs.

Berichtigung. In der 4. Quittung Wappelpulver zur Reichstagswahl sind in der vierten Zeile die Listen 6194, 6195 angegeben. Diese Listen sind irrthümlich mit mehreren anderen Listen zusammen quittiert worden. Beide Listen haben zusammen den Betrag von 271,50 Mk. ergeben und sind von der Arbeiterkassette der Firma C. F. Jäger gesammelt.

BezirksparteiSekretariat der U. S. P. Leipzig
Schrörs.

